

# Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK



## ■ NACH DEM TERROR-ATTENTAT IN DEN USA:

# Erste Thesen zum Krieg der USA gegen Afghanistan

*Wir wollen mit den folgenden Thesen die Diskussion über die aktuelle weltpolitische Entwicklung eröffnen. Da zwar schon Umrisse erkennbar sind, vieles aber noch nicht sichtbar oder im Fluss ist, können sie nur einen vorläufigen Charakter haben.*

*Die Redaktion. ■*

[1.] Sowohl die Anschläge in New York und Washington als auch der aktuelle »Krieg gegen den Terrorismus« (der zur Zeit eher noch ein Krieg gegen Afghanistan ist) markieren das Ende der »neuen Weltordnung«, die der damalige US-Präsident Bush 1991 am Ende des 2. Golfkrieges ausrief. »Die neue Weltordnung« war das Versprechen der USA vor allem an die Länder der »Dritten Welt« und die des ehemals sozialistischen Lagers: Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Auflösung des Ostblocks würde unter der Führung der USA ein neues Zeitalter der Wohlfahrt und des wirtschaftlichen Aufschwungs beginnen. Daran würden nicht nur die westlichen kapitalistischen Länder teilhaben, sondern auch und vor allem die »unterentwickelte« Welt.

[2.] Im Jahrzehnt nach dem 2. Golfkrieg 1991 erfolgte die weitgehende Unterwerfung nahezu aller Volkswirtschaften unter die globale Konkurrenz unter der Regie des Internationalen Währungsfonds. Sie bedeutete die weitere Öffnung bis dahin noch nicht durchdrungener Märkte für das westliche Kapital, die Privatisierung von Staatsbetrieben und der Versuch bisher zurück gebliebener Volkswirtschaften, mit Hilfe von Krediten sich eine Industrie aufzubauen, die auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig wäre.

[3.] Die sogenannte Asienkrise ab 1997, die von Thailand über Malaysia, Südkorea und Indonesien auf die übrige Dritte Welt übergriff, war zunächst das ökonomische Ende dieses Wachstumsmodells. Die Länder, die auf einen kreditfinanzierten Aufschwung gehofft hatten, saßen plötzlich in der Schuldenfalle. Die Abhängigkeit vom Weltmarkt erwies sich nämlich in dem Moment als fatal, als sich herausstellte, dass dessen Aufnahmefähigkeit geringer als erwartet war. Insbesondere die kapitalistischen Zentren USA, EU und

Japan dachten gar nicht daran, den neuen Konkurrenten ihre Märkte umfassend zu öffnen. Die Folgen dieser Krise sind für die betroffenen Länder katastrophal: Zusammenbrechende Firmen und Massenarbeitslosigkeit auf der einen Seite, westliche Großunternehmen, die sich noch rentable Firmen zu Spottpreisen aneignen, auf der anderen Seite. Hinzu kommt das Diktat des IWF, der die Länder zwingt, zur Schuldenbediening die ohnehin schon dürftigen staatlichen Sozialleistungen und Subventionen für die in Armut lebenden Massen noch mehr zu kürzen oder ganz zu streichen. Das Resultat zeigt sich inzwischen am deutlichsten in Indonesien, das zunehmend im sozialen und politischen Chaos versinkt.

[4.] Politisch gründete sich die Zustimmung zu Bushs »neuer Weltordnung« auf die Gesellschaftsschichten in der »Dritten Welt«, die sich von der »Globalisierung« eine Entwicklungsmöglichkeit versprochen. Das sind vor allem Teile der Staats- und der Militärapparate, die mit Hilfe von westlichen Krediten eine Industrialisierungspolitik versuchten, sowie davon profitierende Mittel- und Oberschichten. Diese Zustimmung drückte sich z.B. in der Bereitschaft fast aller Staaten des Nahen Ostens aus, sich 1991 in die Anti-Irak-Koalition einzureihen und das amerikanische Drängen auf eine Friedenslösung zwischen Israel und den Palästinensern (erst Madrid, verhaltener in Oslo) zu unterstützen, in der Hoffnung, an der in Aussicht gestellten nahöstlichen Wirtschaftszone teilhaben zu können.

[5.] Spätestens die im Herbst 2000 ausgebrochene neue Intifada der Palästinenser machte den Zusammenbruch des Nah-Ost-Friedensprozesses deutlich und markierte das Ende der Hoffnungen, die sich damit verbunden hatten. Der einzige Gewinner der amerikanischen Befriedung war Israel, während sich in den arabischen Nachbarstaaten die sozialen Widersprüche zuspitzten. So wurde der israelisch-palästinensische Konflikt zum politischen Kristallisationspunkt der sich anstauenden Probleme im Nahen Osten und zu einem Symbol enttäuschter, mit der »Globalisierung« verbundener Wachstumshoffnungen.

[6.] Das Ende der Sowjetunion stellt in diesem Zusammenhang einen mehrfachen geschichtlichen Einschnitt dar. Zum einen markiert es den endgültigen Zusammenbruch der Nachkriegsordnung. Mit dem Sieg des von den USA angeführten Weltkapitalismus über den Warschauer Pakt war den Dritte-Welt-Staaten die Möglichkeit genommen, Widersprüche zwischen Ost- und Westblock für sich auszunutzen.

**Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:**

- **Berlin-West:** »Schwarze Risse«, Gneisenaustraße 2a ● **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladen«, Weydinger Straße 14 –16 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46 ● **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhaus, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Nicolaikirchhof 7 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Schlüterstraße 1 / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahrenfelder Str.: Zeisehallen / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● **Hanau:** »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Hannover:** »Internationalismus-Buchladen«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »Gestocheu scharf«, Elfbuchenstraße 18 ● **Kiel:** »Zapata« Buchladen, Jungfernstieg 27 ● **Lüneburg:** »F. Delbanco«, Bessemerstraße 3 ● **Mönchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Regentenstraße 120 ● **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3

## Bomben als Entwicklungshilfe und für die Rechte der Frauen

**Entwicklungshilfeministerin Wieczorek-Zeul (SPD) zu der Forderung, dass die Bombardierung Afghanistans unterbrochen werden soll:**

»Ich verstehe das als Appell, daß die Weltgemeinschaft eine humanitäre Katastrophe verhindert. Und das tut die Bundesregierung mit allen Kräften. Es geht doch grundsätzlich darum, das Taliban-Regime als eigentlichen Urheber für Hunger, Elend und Entrechtung, besonders der Frauen, zu beseitigen.

Würde man hier auf halber Strecke aufgeben, wäre das geradezu eine Ermutigung für weitere Terroristen, ihre Anschläge fortzusetzen. Alle Flüchtlinge, auch die acht Millionen, die bereits vor dem 11. September aus Afghanistan geflohen waren, müssen wieder in ihr Land zurückkehren können.«

FAZ-Sonntagszeitung, 21.10.01 ■

Ländern wie Jugoslawien, Ägypten, Irak, Syrien war es so möglich gewesen, eine begrenzt eigenständige nationale Entwicklungspolitik durchzuführen, indem sie im Konfliktfall mit dem Westen sich Unterstützung aus dem sozialistischen Lager holten.

Die veränderte Lage bekam 1991 der Irak zu spüren, als er versuchte, seine Ansprüche auf eine regional vorherrschende Rolle am Persischen Golf durchzusetzen und mit den militärischen Konsequenzen der von den USA propagierten neuen Weltordnung konfrontiert wurde.

[7.] Das Ende des sozialistischen Lagers bedeutete zum anderen auch das Ende des Masseneinflusses von Parteien mit sozialistischen Programmen, der im wesentlichen auf die Existenz und Unterstützung seitens der Sozialistischen Staaten beruht hatte. Es gab z.B. keine Perspektive mehr für einen »arabischen Sozialismus«, d.h. für eine eigenständige, nationale Entwicklung zu einem Industriestaat. Der Niedergang

## INHALT

Erste Thesen zum Krieg der USA gegen Afghanistan . . . . .	1
Zur politökonomischen Funktion des Islamismus . . . . .	4
Wende in Italien: Berlusconi und Unternehmer stellen den sozialen Konsens in Frage . . . . .	8
Ökonomische Krise und Arbeiterbewegung in Südkorea . . . . .	14

### Eingeheftet: Sonderdruck zur Berliner Senatswahl

VW-Tarifabschluss 5000 x 5000	
Weniger Lohn – dafür Arbeiten ohne Ende . . . . .	17
Siegen: Politische Repression gegen engagierten Lehrer . . . . .	20
Buchbesprechung: Die glorreichen Sieger . . . . .	22

## Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: F. Lübbe  
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.

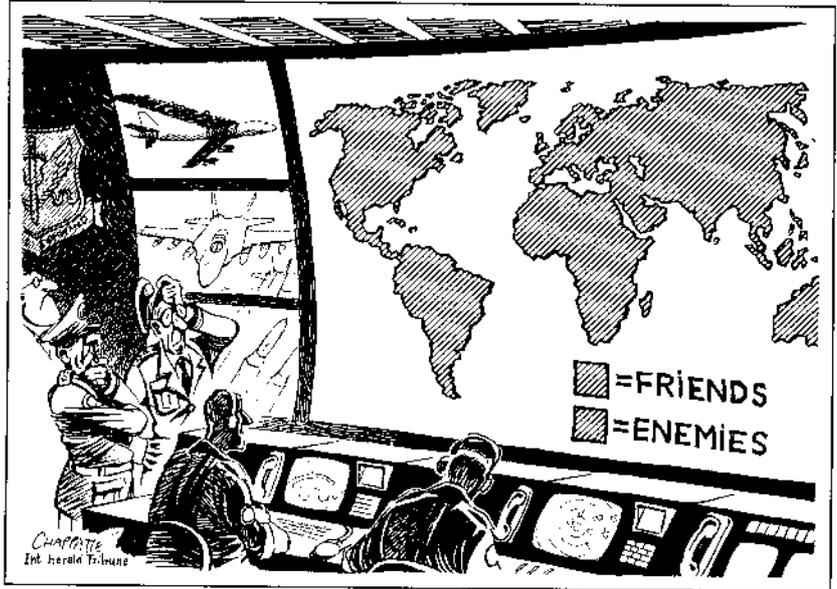
Alle Zuschriften nur an diese Adresse:

»GFSA e.V. · Postbox 106426 · D-20043 Hamburg«

dieser Parteien war begleitet von Unterdrückung und Verfolgung der Sozialisten und Kommunisten in den jeweiligen Ländern.

In dem entstehenden politischen Vakuum entwickelten sich zunehmend fundamentalistische islamische (sogenannte islamistische) Ideologien und Gruppen, die vor allem unter den verarmten Massen Anhänger fanden. Solange die SU bestand, wurden sie vom Westen einschließlich Israel als antisozialistische Alternative gefördert. (z.B. Hamas in Palästina, verschiedene Mudshaheddin-Gruppen und schließlich die Taliban in Afghanistan usw., sogar Bin Laden).

Mit Ausnahme von Iran, in dem eine Volkshebung das pro-westliche Schah-Regime weggefegt hatte und der seitdem unter islamistischer Führung eine antiwestliche Politik verfolgt, galten solche islamistischen Bewegungen zunächst als beherrschbar und wenig bedrohlich. Die Angriffe seitens der islamistischen Untergrundgruppen – z.B. die Selbstmordattentate der Hamas in Israel, Anschläge auf amerikanische Einrichtungen in Saudi-Arabien, Kenia und Tansania, Überfälle auf Touristen in Ägypten – machten allerdings deutlich, dass die Bedrohung westlicher Positionen nicht auf den Iran beschränkt blieben.



[8.] Mit dem Zerfall der von den USA geführten Golfkriegs-Koalition von 1991 deutete sich eine neue Entwicklung an. War anfangs die Sanktionspolitik des Westens gegen den Irak noch von verschiedenen Regimes im Nahen Osten mitgetragen – sei es, dass sie den Irak klein halten wollten, sei es, weil sie sich von ihrem Wohlverhalten Vorteile versprachen – so schwand diese Zustimmung in den letzten Jahren deutlich. Das Wirtschaftsembargo gegen den Irak wurde zunehmend durchbrochen, u. a. durch Handel zwischen Irak und Jordanien, Syrien und der Türkei. Die westliche Politik wurde immer offener kritisiert, weil zum einen die erwarteten Vorteile ausblieben und die Anrainer allein die Kosten des Embargos tragen sollten, zum anderen, weil die eigene Bevölkerung sich zunehmend an den Brennpunkten Palästina und Irak radikalisiert und ihre prowestlichen Regierungen zwingt, gegenüber dem Westen vorsichtig zu handeln.

[9.] War schon daran erkennbar, dass der Westen die Zustimmung nicht nur unter den Massen des Nahen und Mittleren Ostens verloren hat, so lassen die Anschläge vom 11. September und die Reaktionen auf den »Krieg gegen den Terrorismus« deutlich werden, dass auch unter den staatlichen und wirtschaftlichen Eliten Frustration und Unzufriedenheit mit der Globalisierung und ihren Auswirkungen zunehmen.

Beide Vorgänge zeigen, dass die Basis des Westens auch in den Schichten bedroht ist, auf deren Zustimmung seine Politik der »neuen Weltordnung« und gegenüber »Schurkenstaaten« im Nahen Osten angewiesen ist. Am deutlichsten drückt sich dieser Wandel vielleicht bei dem Heer der arbeitslosen Hochschulabsolventen aus.

Es gibt kaum ein islamisches Land, das jetzt aktiv bereit wäre, die USA zu unterstützen, und wenn, dann nur unter dem Vorbehalt, dass es »nur« gegen Bin Laden und seine Unterstützer ginge und nicht gegen Afghanistan und schon gar nicht gegen ein anderes islamisches Land, und auf keinen Fall erneut gegen den Irak.

[10.] Die für die kapitalistische Wirtschaft zentrale Ölregion am Persischen Golf wird instabiler. Der Westen mag militärisch ein Land wie Afghanistan endgültig zerstören und die eine oder andere islamistische Terrororganisation ausschalten, doch wird er zum einen durch sein Vorgehen

## Bombardement für einen humanitären Gewinn ...

Interview mit Bundesaußenminister Joschka Fischer in der Süddeutschen Zeitung vom 18. 10. 01:

**SZ:** Herr Fischer, die Vorsitzende Ihrer Partei, Claudia Roth, fordert eine Aussetzung der Bombardements in Afghanistan. Sie möchte zunächst die Lösung der humanitären Katastrophe in den Vordergrund stellen. Teilen Sie diese Haltung?

**Fischer:** Die humanitäre Frage ist mitentscheidend für den Erfolg im Kampf gegen den Terrorismus. Diese Haltung teile ich mit Claudia Roth. Aber ich ziehe daraus einen anderen Schluss: Die katastrophale Lage der Zivilbevölkerung und von Millionen Flüchtlingen ist nicht erst seit dem 11. September eine Realität. Es gibt sie seit Jahren und seit Jahren wurde sie in der Öffentlichkeit des Westens weitgehend ignoriert. Das Kernproblem bei der Beseitigung dieser humanitären Katastrophe ist die Herrschaft der Taliban. Wenn man das Elend wirklich beenden will, dann muss man andere politische Verhältnisse herbeiführen.

**SZ:** Frau Roth warnt, dass der Winter kurz bevorsteht...

**Fischer:** Sie hat recht. Aber dieses Problem hat sich in den vergangenen Jahren auch gestellt. So, wie es andere Probleme schon vor der Bombardierung gegeben hat: Es gibt sehr schwierige Verkehrswege in dieses Land ... Wenn man schnell humanitär helfen wollte, dann müsste man eher alles versuchen, um das Taliban-Regime noch schneller zu beseitigen. Ich denke jedenfalls, dass es keinen humanitären Gewinn brächte, die Bombardements jetzt zu unterbrechen. Es würde die Taliban stärken...

noch mehr Hass erzeugen, zum anderen kann er den sozialen Schichten, die er politisch braucht, um die Region zu beherrschen, keine Perspektive bieten, die nur eine auf gleichen Chancen beruhende, wirtschaftliche Integration dieser Länder in den Weltmarkt sein könnte.

[11.] Dass die sozialen und politischen Konflikte in der islamischen Welt momentan als Glaubenskriege ausgetragen werden, ist keine neue Qualität der politischen Entwicklung, sondern Konsequenz aus dem Zusammenbruch des Ostblocks und dem Scheitern des »arabischen Sozialismus«. Angesichts der staatlichen Repression in den meisten Ländern kann sich politischer Widerstand nur als religiöser formieren – sein besonderer Ausdruck bleibt den Bedingungen des jeweiligen Landes unterworfen und muss von uns materialistisch analysiert werden. Für die USA und ihre Verbündeten gibt es zur Globalisierung keine Alternative, selbst wenn die sozialen und politischen Konflikte, die sich daraus ergeben, zunehmend militärisch ausgetragen werden müssen.

[12.] Die Einordnung der deutschen Regierung in die Kriegsalianz gegen den Terrorismus hat den Ausbau des innenpolitischen Unterdrückungsapparates notwendig zur Folge.

Nicht nur Denk- und Redeverbote sollen gegen Oppositionelle durchgesetzt werden, sondern weitere Maßnahmen zur Kontrolle und Überwachung der Bevölkerung: Videoüberwachung, Aufhebung des Brief-, Telefon- und Bankheimnisses, Aufhebung des Datenschutzes, Rasterfahndung, Verschmelzung der Aufgaben von Verfassungsschutz und Polizei (was nach den Erfahrungen mit der »Geheimen Staatspolizei« in Nazideutschland bisher als tabu galt!), Personenkontrolle mittels Fingerabdrucks, Kriminalisierung der politischen Betätigung durch Verschärfung des Strafrechts usw.

Mit Vorrang will die Bundesregierung die schon geplante Umrüstung der Streitkräfte innerhalb der EU (60.000 Mann einsatzfähig für ein Jahr) vorantreiben, den Zivil- und Katastrophenschutz ausbauen, um im Wettbewerb der Kriegsalianz den ihrer politischen Bedeutung gemäßen Platz zu beanspruchen (Schröder: »Enttabuisierung des Militärischen«). Mit weiteren Programmen des Sozialabbaus wird die arbeitende Bevölkerung diese Entwicklung bezahlen.

Vieles, was jetzt durchgesetzt werden soll, war rein juristisch bisher zwar auch schon machbar. Entscheidend aber ist, dass ein gesellschaftliches Klima geschaffen wird, das eine reale Umsetzung von Repression ermöglicht.

## Einige Informationen zur Geschichte und politökonomischen Funktion des Islamismus

Washington charakterisiert die Staaten, die aktuell als besonders unkalkulierbar und deshalb als Feinde der USA gelten, als »Schurkenstaaten«. Mit Ausnahme von Nordkorea gehören sie alle zu dem Grobraum, der als »Islamischer Orient« bezeichnet wird. Warum gibt es in einer Reihe von Ländern dieser Region ...

1. zwar im Kern politische Bewegungen, die sich selbst aber als religiöse begreifen, wobei sie, obwohl sie sowohl aus dem schiitischen wie aus dem sunnitischen Lager kommen ...
2. gleichermaßen von sich behaupten, nur sie orientierten sich sehr eng an der eigentlichen, ursprünglichen Lehre des Islam, was ...
3. heißt, sie wenden sich gegen die Trennung von Religion und Staat und ...
4. sie grenzen sich alle massiv gegenüber dem christlichen Westen ab, wodurch es ...
5. dann häufig in der Praxis zu einer Annäherung zwischen religiös-politischen und eher nationalistischen Bewegungen jener Länder kommt?

### Traditionelle Konkurrenz zwischen dem Orient und dem Westen

Eine Erklärung dafür liegt in sehr alten Traditionen begründet. Sieht man sich die Staaten dieses Planeten genauer an, dann sind deren Staatsorganisation und Verwaltung von Schwarzafrika, Latein- und Nordamerika letztlich Kopien Europas. Alle ökonomischen, politischen, sozialen, teilweise auch die religiösen Strukturen, die in diesen Regionen noch vor der Kolonialisierung bestanden, waren zu schwach (abgesehen von wenigen Ausnahmen), um dem europäischen Ansturm widerstehen zu können.

Anders sieht das in großen Teilen Asiens und im arabischen Raum aus. Auch dort findet man zwar eine Menge europäischen Kulturgutes, aber nicht so vorherrschend. Insbesondere in den Kernländern des islamischen Orients haben sich bis heute Reste seiner uralten Eigenständigkeit hinübergerettet. Deshalb gab es immer einen gewissen Gegensatz zu anderen Kulturräumen wie z.B. dem europäischen.

Das negativ eingefärbte Bild von Europa und vom gesamten Westen in der Orient-Region ist allerdings erst ein Produkt neueren Datums. Erst ab dem 18. Jahrhundert veränderten sich die Beziehungen nachhaltig zugunsten der Europäer. Dem Aufstieg der bürgerlichen Nationalstaaten, die sich die Welt als Kolonien untertan machten, hatte man in der islamischen Welt nichts entgegenzusetzen. Während in den Kernländern die wirtschaftliche Entwicklung alle bestehenden ökonomischen und politischen Strukturen revolutionär umstürzte, stagnierte die Entwicklung in der arabischen Welt seit längerem, was zu Abhängigkeiten führte.

### Eine Erklärung für unterschiedliche Entwicklungen

Die beiden wesentlichen Gründe für die langfristig unterschiedlichen Entwicklungen sind das Klima und die Topographie des Orients. Ein für die landwirtschaftliche Erzeugung besseres Klima und nicht zuletzt die vielen Wasserwege, die den Handel erleichterten, bildeten in Europa den Ausgangspunkt für die Erzeugung eines Mehrprodukts, das später die Herausbildung von Handwerk und Industrie zur Folge hatte. Somit konnte der arabischen Handels- und Militärmacht etwas Entscheidendes entgegengesetzt werden.

Die Stärke des arabischen Handels und des Militärs war Ausfluss einer Umgebung, die nunmehr kontraproduktiv

wurde. Im Prinzip setzt sich die Landschaft des islamischen Orients nur aus zwei Landschaftsbildern zusammen, die ein produktives Wirtschaften nicht gerade erleichterten:

1. eine häufig karge Hochgebirgslandschaft, die sich vom Atlasgebirge in Nordafrika über das türkische und iranische Hochland letztlich bis zum Hindukusch in Afghanistan hinzieht,

2. die weiten Wüstenregionen, in denen es nur gelegentlich Oasen oder wenige Flusstäler gibt. Dementsprechend gilt: *»Die Abwesenheit des Grundeigentums ist in der Tat der Schlüssel zum ganzen Orient. Darin liegt die politische und religiöse Geschichte. Aber woher kommt es, dass die Orientalen nicht zum Grundeigentum kommen, nicht einmal zum feudalen? Ich glaube, es liegt hauptsächlich am Klima, verbunden mit den Bodenverhältnissen, speziell mit den großen Wüstenstrichen, die sich von der Sahara quer durch Arabien, Persien, Indien und die Tatarei bis ins höchste asiatische Hochland durchziehen. Die künstliche Bewässerung ist hier erste Bedingung des Ackerbaus...«* (Marx-Engels-Werke, Bd. 28, S.259, im folgenden: MEW)

### **Traditionell despotische Herrschaft**

Die kargen Lebensumstände und die Abhängigkeit von den wenigen landschaftlichen Einsprengeln bildeten traditionell die Basis für eine äußerst rigide politische Organisationsform, die in der Regel despotischer Natur war. Anders ließ sich die notwendige Wasserzuteilung sowie die Verteidigung gegen Fremde (sowie umgekehrt die Eroberung des [Wasser-]Reichtums der Fremden) nur schwerlich organisieren: *»Die unbedingte Notwendigkeit einer sparsamen und gemeinschaftlichen Verwendung des Wassers (...) machte im Orient, wo die Zivilisation zu niedrig und die territoriale Ausdehnung zu groß war, um freiwillige Assoziationen ins Leben zu rufen, das Eingreifen einer zentralisierenden Staatsgewalt erforderlich«* (MEW Bd. 9, S. 129)

Das aufgrund der kargen Umwelt niedrige und wenig ausdifferenzierte Produktionsniveau ließ (verglichen mit dem mittelalterlichen Europa) keine sehr ausgeprägte Klassenstruktur zu. Während sich in Europa frühzeitig einzelne Handwerkszweige absonderten und daraus erst Manufaktur- und später Industriebetriebe wurden, war in weiten Teilen des Orients Reichtumsanhäufung nur in Form von Rententiteln möglich: *»In der Tat ist die türkische wie alle orientalische Herrschaft unverträglich mit kapitalistischer Gesellschaft; der ergatterte Mehrwert ist nicht sicher vor den Händen raubgieriger Satrapen und Paschas; es fehlt die erste Grundbedingung bürgerlichen Erwerbs: Sicherheit der kaufmännischen Person und ihres Eigentums«* (MEW Bd. 22, S. 31). Im Orient fiel Reichtum sofort auf und wurde zur Begierde von Räubern und Herrschern – es bereits auffällig, wenn man eine große Kamelherde besaß. Teilt man aber die große Herde in viele kleine auf, übergibt sie jeweils einem Dritten, Vierten, etc. und kassiert für die Benutzung der Tiere eine Rente in Form von Geld oder bestimmten Dienstleistungen, dann muss der individuelle Reichtum nicht zwangsläufig auffallen. In der Rentenökonomie des Orients weiß der eigentliche Eigentümer jener Kamelherde um die Gefahren des allzu offensichtlichen Reichtums und wird sich deshalb nicht verdächtig machen. Derjenige, der die Tiere produktiv nutzt, hat dieses Problem ebenfalls und muss darüber hinaus noch für einen Fremden zahlen. Also gibt es hier eine zusätzliche Begrenzung für die Reichtumsentwicklung.

Aus solchen politökonomischen Strukturen heraus erklärt sich auch das Zinsverbot, welches die Islamisten heutzutage wieder durchsetzen wollen. An deren Stelle trat die Gewinnbeteiligung.

Infolge der Rentenökonomie wurde der Abstand zwischen dem sowieso niedrigeren wirtschaftlichen Ausgangsniveau im Orient und in Europa auf Dauer noch größer.

Weil sich kein Ausgangspunkt für eine starke gesellschaftliche Arbeitsteilung ergab, erhielten sich lange Stammesstrukturen, bei denen einerseits immer klar war, wer das Sagen hatte und andererseits die Bindungskraft innerhalb dieser Gesellschaft groß war: Erstens gab es unterhalb der Chefebene nicht mehr viele verschiedene Hierarchie-Ebenen, so dass diese Gesellschaften verhältnismäßig »gleich« waren. Zweitens war es für das Überleben aller notwendig, dass man sich stärker umeinander kümmerte. Hier liegt eine Grundlage dafür, warum im Islam die soziale Komponente immer besonders groß war und ist.

### **Unterordnung des Orients unter dem Westen**

Die Unterordnung des islamischen Orients unter das christliche Europa begann spätestens mit der Kolonialisierung Indiens. Das musste für jemand, der in den Traditionen des Islams aufgewachsen war, besonders schmachvoll sein.

Der islamische Glaube war in den Ortschaften der arabischen Halbinsel als Religion der Händler entstanden. Wesentliche Voraussetzung seiner Verbreitung war 1. auf dieser neuen religiösen Grundlage die Organisierung der Städte, 2. die Bändigung der räuberischen Beduinen und 3. mit deren Hilfe die militärische Missionierung des Umlandes. Später hatten islamische Krieger die gesamte arabische Halbinsel und Nordafrika erobert. Über viele Jahrhunderte hinweg war der islamische Einflussbereich identisch mit dem Herrschaftsbereich großer Reiche. Und nun gerieten die Mohamedaner immer weiter in die ökonomische Abhängigkeit und wurden letztlich politisch unterworfen.

Wenn ab dem 19. Jahrhundert vom »kranken Mann am Bosphorus« die Rede war, dann war damit nicht der heutige kleinasiatische Staat Türkei gemeint, sondern das riesige Vielvölkerreich der Osmanen. Schon im 19. Jahrhundert machten Frankreich und Großbritannien den nordafrikanischen Teil zu Kolonien. Nach dem I. Weltkrieg geschah das dann auch in vielen anderen Teilen Arabiens.

Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts hat es in vielen Bereichen des Osmanischen Reiches Unabhängigkeitsbewegungen gegeben – auch im arabischen Raum. Im Ersten Weltkrieg waren die Osmanen Verbündete Deutschlands und Österreichs. Die Westalliierten, insbesondere die Briten, setzten nun darauf, durch einen Befreiungskampf der Araber die Hohe Pforte in Konstantinopel in Schwierigkeiten zu bringen. Viele Versprechungen wurden gemacht, die von sehr vielen Arabern (bis heute) als Zusage zur Unterstützung eines unabhängigen Groß-Arabiens verstanden wurden. Tatsächlich schlossen Großbritannien und Frankreich jedoch 1916 im geheimen das sogenannte Sykes-Picot-Abkommen, in dem sie die arabische Welt unter sich aufteilten und daraus europäische Mandatsgebiete (quasi Kolonien) machten.

Erst im Kampf dagegen entstand wirklich das, was späterhin als »Panarabismus« bekannt wurde: eine politische Haltung, die gleichermaßen unterschiedliche politische Bewegungen sowohl auf der eigentlichen arabischen Halbinsel als auch in Nordafrika prägte. Zwar schon Ende des

19. Jahrhunderts entstanden, wurde er ein Massenphänomen vor allem in Ägypten unter Nasser in den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts. Ein wesentlicher Faktor, der das Betonen der arabischen Eigenständigkeit und damit die Ablehnung des Westens forcierte, war die Gründung des Staates Israel. Vielerorts wurde das im arabischen Raum als die »zweite Katastrophe« nach dem Syces-Picot-Abkommen wahrgenommen. Denn eigentlich hatte man zu Zeiten des Zweiten Weltkrieges in vielen arabischen Ländern geglaubt, der Westen würde sich nun endlich vollständig aus dieser Region zurückziehen. Man musste dann jedoch feststellen, der hatte ihnen ein Kuckucksei hinterlassen: Die westliche Garnison namens Israel.

Der Kampf gegen den Westen wurde dann auch in der Folgezeit zum Motor des Arabismus. Wenn der Erfolg im Suezkrieg 1956 zwischen Ägypten und Israel (unterstützt von Großbritannien und Frankreich) zwar letztlich auch nur dem Eingreifen einer weiteren westlichen Macht (USA) zu verdanken war, die traditionellen Vertreter des Westens (Großbritannien und Frankreich) waren an eine Grenze gestoßen. Die nachfolgende politische Euphorie führte dazu, dass sich 1958 Syrien und Ägypten zu einem Staat, der Vereinigten Arabischen Republik, zusammenschlossen. Damals war man fest davon überzeugt, bald würden sich auch der Libanon und selbst der nicht-arabische Iran ebenfalls anschließen. Sehr schnell erwies sich das jedoch als Blütentraum. Schon 1961 wurde jene Republik wieder zerschlagen.

### **Erst in den 70er Jahren Ablösung des Arabismus durch den Islamismus**

Bis Ende der 60er Jahre blieb der Arabismus die eigentliche Ideologie, die hinter der Politik in den verschiedenen Ländern des Nahen Ostens stand. Einen sehr nachhaltigen politischen Knacks bekam dieser durch die Niederlage der Araber gegen Israel 1967.

Den eigentlichen Ausgangspunkt, warum an die Stelle des Arabismus der islamistische Fundamentalismus als Massenphänomen trat, bildeten jedoch ökonomische Veränderungen: Der Arabismus war vor allem durch die Entwicklung in Ägypten und Syrien geprägt gewesen. Aber die Staaten, deren politischen Veränderungen in den Jahrzehnten zuvor in sehr viel stärkerem Maße durch das Öl und damit die Öffnung zum Weltmarkt geprägt waren und auch noch auf der eigentlichen arabischen Halbinsel liegen, spielten für den Arabismus nur eine untergeordnete Rolle: Das sind vor allem Saudi-Arabien, Irak und Iran.

Nach der ersten Ölkrise 1973 wuchsen die Einnahmen der Ölstaaten drastisch. Saudi-Arabien beispielsweise hatte 1970 1,2 Milliarden Dollar pro Jahr eingenommen, 1981 waren es 115,5 Milliarden. Zwangsläufig veränderte das diese Länder. Zunächst einmal traten deren Herrschenden ganz anders in der Weltpolitik und auf dem Weltmarkt auf. Sie kauften nicht nur Unternehmen in der Ersten Welt auf, sondern leiteten den Erfolg ihrer Staaten auf die Tradition und die Geschichte mitsamt ihrer Religion ihres Landes ab.

Zugleich fand diese Entwicklung seine Parallele in den Veränderungen der Wirtschaft dieser Länder, die gerade in die entgegengesetzte Richtung wiesen: Eine »Verwestlichung«. Der außenwirtschaftliche Erfolg führte (wie gering zum Teil auch immer) zu entsprechenden Binneninvestitionen, was eine Modernisierung zur Folge hatte. Der Schah z.B. behauptete damals ernsthaft, in nur 15 Jahren würde der Iran

zu den führenden Industrienationen gehören. Aus der entsprechenden Strukturpolitik resultierten nachhaltige Veränderungen auf beiden Polen des Klassenspektrums. Handelte es sich bei den Führungen dieser Länder im Kern eigentlich nur um die Erben früherer Stammesherrscher oder entsprechender Aristokraten, bildete sich langsam ein Bürgertum heraus, das auch jenseits des Ölsektors Wurzeln schlagen konnte. Der Vater von bin Laden als erfolgreicher Bauunternehmer und Hotelier ist für diese Kreise ein Beispiel.

Auf dem entgegengesetzten Pol gab es ebenso nachhaltige Veränderungen. Landwirtschaft und Kleinhandel, welche für viele Menschen die Lebensbasis gebildet hatte, wurden weitgehend zerstört. Der Staat konnte problemlos billige Waren importieren, gegenüber deren Preisniveau die einheimischen Produzenten und Händler nur noch kapitulieren konnten. Wenn die Menschen Glück hatten (wie häufig genug in Saudi-Arabien), fand sich für sie eine Nische als Staatsrentner. Wenn sie Pech hatten, mussten sie sich als Arbeiter in der Ölindustrie verdingen oder waren auf Almosen des Staates angewiesen. Die einheimische Ölindustrie schuf allerdings nicht so viele neue Arbeitsplätze, wie in Landwirtschaft und Kleinhandel wegfielen.

In dem Maße, wie der Finanzzufluss nach dem ersten »Ölschock« 1973 im Verlauf der weiteren 70er Jahre nachließ (und erst nach dem zweiten »Ölschock« Ende der 70er Jahre wieder deutlich gesteigert wurde), führte das in einzelnen Ländern zu bedenklichen sozialen Entwicklungen. Der Rahmen für staatliche Almosen wurde zunehmend eingengt. Das war der Ausgangspunkt für die iranische Revolution von 1979. Zwar hatte es schon in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts mit den »Muslimbrüdern« in Ägypten eine bedeutende islamisch-fundamentalistische Bewegung gegeben, an die später einzelne Sekten wieder anknüpften, aber zu einer Massenbewegung wurde der Islamismus erst ab den 80er Jahren nach den Veränderungen im Iran.

### **Sozial-orientierte und konservative Islamisten im Gegensatz zu Traditionalisten**

Man muss genau unterscheiden zwischen »Islamisten« (wie die GIA in Algerien, Taliban in Afghanistan) und traditionell-orientierten Islam-Anhängern, also »Traditionalisten«, wie z.B. die saudische oder die pakistanische Regierung. Die Traditionalisten haben ein reaktionäres Weltbild und wollen die bestehenden sozialen und politischen Strukturen erhalten. Die Islamisten wollen den Umsturz.

Dabei muss man unterscheiden zwischen sozial-orientierten und konservativen Islamisten. Die sozial-orientierten Islamisten bilden den Massenanhänger. Das sind die Bauern, Tagelöhner, Kleinhändler, die vor zwanzig Jahren schon im Iran eine wichtige Rolle spielten. Sie haben durchaus ihre eigenen Interessen, bilden aber, ähnlich wie die Jakobiner in der französischen Revolution, nur den Rammbock, um die Interessen der eigentlich führenden Klasse durchzusetzen.

Die zentrale politökonomische Funktion des Islamismus wird jedoch von den konservativen Islamisten wahrgenommen, welche nicht in Massen auftreten, aber letztlich das Sagen haben, weil sie gewissermaßen die Logik der Geschichte auf ihrer Seite haben. Sie streben einen Umsturz zugunsten einer anderen Art von Privatwirtschaft an: Statt der Herrschaft des Feudaladels und der Kompradorenbourgeoisie soll die Herrschaft des neuentstandenen, internen Bürgertums treten.

Das politische Verhältnis zwischen diesen »sozial-orientierten« und »konservativen« Islamisten ist aber nicht so gegensätzlich. In Orient-Gesellschaften gibt es zwar durchaus ein deutliches Oben und Unten, aber die soziale Klassenspaltung zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen wurde nie so weit vorangetrieben wie als Folge der Industrialisierung in Europa.

Dementsprechend ist das Interesse von konservativen Islamisten durchaus auch auf Klassenharmonie ausgerichtet: Die Sozialarbeit von Hamas und Jihad bei den Palästinensern sowie der Wohlfahrtspartei und ihrer Nachfolger in der Türkei hat immer eine große Rolle gespielt und ist nicht zuletzt durch Gelder der erzreaktionären Golfstaaten finanziert worden. An der Tatsache, dass sich im Islamismus immer zweierlei Klassenlager organisiert haben, ändert das aber nichts.

Die konservativen Islamisten gewannen im Iran bereits Anfang der 80er Jahren das Übergewicht gegenüber der Bewegung der unteren Schichten. Die Hamas in Palästina und die Entwicklungen im Norden Nigerias sind weitere Beispiele für die konservativen Islamisten.

Besonders deutlich ist der konservative Islamismus in Saudi-Arabien: Usama bin Laden musste z.B. als Vertreter der politischen Strömung, die wegen der Golfkriegs-Allianz mit dem Westen in Gegensatz zur eigenen Regierung geriet, ins afghanische Exil gehen.

### **Islamistische Forderungen erinnern an die französische Revolution**

Dennoch stimmen letztlich die Interessen von Islamisten und Traditionalisten nicht überein. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es im Islamismus immer zwei Strömungen gab, welche unterschiedliche Klassen vertraten, dass aber letztlich die politökonomische Funktion des Islamismus auf den Interessen von besitzenden Klassen beruhte.

Bis vor wenigen Jahrzehnten war zum Beispiel Saudi-Arabien ein Land, das geprägt war von Fischfang, Handel, dem Weiden von Vieh. Dann wurden dank des Öls die Herrscher sehr reich. Inzwischen ist auffällig, wie sehr in den letzten Jahren Saudi-Arabien verstädtert ist und eine nennenswerte Mittelklasse entstand. Obwohl nach der Besetzung der Großen Moschee in Mekka im November 1979 durch Islamisten die Empörung unter traditionellen Islam-Anhänger immens war (Schändung eines Heiligtums), konnte selbst das nicht das Wachstum der Islamistenbewegung verhindern und sie verzeichneten den bemerkenswertesten Aufschwung, nachdem Saudi-Arabien sich im Zweiten Golfkrieg eindeutig auf die Seiten des Westens begeben hatte.

Warum der Aufstieg quasi unaufhaltsam war, dafür liefert die soziale Zusammensetzung der Islamisten ein Indiz. Unter den saudischen Islamisten waren offensichtlich besonders häufig junge Beduinen vertreten, die erst kürzlich in die Stadt gezogen waren, deren Stammesbeziehungen sich auflösten, junge Männer, Studenten sowie Universitätsabgänger. Mit anderen Worten, diejenigen, welche die neue Mittelklasse respektive die Klasse der Nicht-Öl-Reichen bildeten. In dem Maße, wie solche neuen Klassen entstanden, mussten sie zwangsläufig einen politischen Ausdruck finden. Dementsprechend waren auch die politischen Forderungen: Gleichheit vor dem Gesetz, Überprüfbarkeit der Regierung-

stätigkeiten, Beseitigung der Korruption, Angleichung der Reichtumsverteilung.

Den Vergleich mit den Forderungen der bürgerlichen Revolution in Europa würde jeder Islamist natürlich vehement zurückweisen, weil er seine Forderungen allein durch die Religion legitimiert sieht. Das ändert jedoch nichts daran, dass sich viele ihrer Forderungen immer leicht »übersetzen« lassen. Auf dem Hintergrund von algerischen Erfahrungen heißt es beispielsweise: *»Die Jugend der arabischen Welt träumt nicht anders als ihre Altersgeneration im Westen von einem Leben mit Autos, Satellitenschüssel, eigener Wohnung und einträglichem Beruf. Dass vielen jedoch dieses Leben verwehrt bleibt, hat den Islamisten erst Zulauf beschert. Die Frustration der Jugend angesichts des Westens ist enorm, die Idee vom »verschenkten Leben« eine Formel, die man mit 20 schon im Mund führt. Es ist die Intransparenz der Regierungssysteme, die mangelnde politische Teilhabe, die tägliche Begegnung mit der Korruption in den Behörden, die Ausichtslosigkeit, ohne Beziehungen einen Job zu finden, die den jungen Generationen das Leben vergällt«* (Der Standart, Wien 18.09.2001). Das heißt, sie wollen einen ordentlichen bürgerlichen Rechtsstaat, der seinen Sozialstaatsverpflichtungen nachkommt.

Ein ähnliches Phänomen findet man den Islamisten in Ägypten: Ausdrücklich verdammt man zwar den Kapitalismus, um dann im nächsten Atemzug zu betonen, wie wichtig Privateigentum und Profit sind. Eine der wichtigsten wirtschaftlichen Forderungen dort lautet: Gegen die Monopolisierung von Wirtschaftsaktivitäten. Statt Monopolisierung könnte man durchaus auch Globalisierung sagen, denn in der Praxis führte das in vielen Ländern der Dritten Welt dazu, dass die vielen heimischen Unternehmen keine Chance gegen die wenigen internationalen Großkonzerne haben.

Natürlich engagieren sich solche gesellschaftliche Gruppen des gerade neu entstandenen Bürgertums häufig genug erst dann, wenn das eigene Land angesichts von wirtschaftlichen Schwierigkeiten (Rückgang des Ölpreises) es sich kurzzeitig nicht mehr leisten kann, alle gesellschaftliche Schichten durch entsprechende Vergünstigungen ruhig zu stellen. Auch bei vielen von ihnen werden die eigentlichen Interessengegensätze erst in Zeiten des Bruchs deutlich. Diesen Interessensgegensatz gibt es selbst in den Ländern ohne Ölreichtum wie in der Türkei: hier gab es viel ‚grünes (islamistisches) Kapital‘ im Bereich jener Klein- und Mittelunternehmen, die ab Ende der 80er Jahre gegründet wurden. Diese mussten sich ihrer Haut gegenüber den traditionellen Großunternehmen aus dem Spektrum von Staat und Militär erwehren .

In dieser Entwicklung, gibt es also viele Analogien zur Bürgerlichen Revolution. Es gibt da ein Bürgertum, das die Macht gegen Klassen erkämpfen will, die entweder noch aus vorkapitalistischen Zeiten entstammen (die Prinzen und Könige, die Scheichs) oder Kapital vertreten, welches nicht dem typischen individuellen Privateigentum entspricht, sondern durch staatliche Initiative entstanden ist. Gegen all diese haben die Islamisten als Fußvolk die Bauern und die städtischen Massen bei sich, die zwar zunächst vor allem kämpfen, weil sie ihre soziale Lage verändern wollen, faktisch aber politisch abhängig bleiben von den konservativen Islamisten. Weil dieser Klassenkampf gegen die bisher Herrschenden nur möglich ist, wenn die bestehenden Strukturen

sehr massiv verneint werden, müssen die Islamisten besonders radikal auftreten.

Die Analogie zur bürgerlichen Revolution darf aber nicht zu weit getrieben werden, denn all diese Länder sind ja längst Teil der weltweiten ökonomischen Herrschaft des Kapitals, so dass es durchaus eine zeitweilige gemeinsame Interessenbasis zwischen konservativen Islamisten und Traditionalisten geben kann. Und auch die Perspektive einer bürgerlichen Revolution in dem Sinne, dass sich eine nationale Bourgeoisie entwickeln könnte, die eine eigenständige

ökonomische Entwicklung zu einem international wettbewerbsfähigen Kapitalismus durchführen könnte, bleibt eine unrealistische Vorstellung. Trotzdem bleibt als grundlegendes Merkmal der Islamisten, dass sie immer eine Partei der Veränderung sein müssen. Egal, ob es sich um soziale Konflikte, um die Machtausübung der ›falschen‹ westorientierten Herrscher, die Abhängigkeit vom Westen geht: Um eine ›Lösung‹ der Probleme zu versuchen, müssen sie die bestehenden Verhältnisse umzuwälzen trachten. ■

## ■ WENDE IN ITALIEN?

# Regierung Berlusconi und Unternehmer stellen den sozialen Konsens in Frage.

*»1980 bei FIAT wurden soziale Konflikte und Terrorismus gleichgesetzt. Heute entdecke ich das gleiche Schema, weil das der Vorwurf ist, mit der die Regierung jede soziale Bewegung konfrontieren wird, um sie schon im Keim zu ersticken.«<sup>1)</sup>*

Mit diesen Worten nimmt Claudio Sabattini, Sekretär der größten italienischen Metallarbeitergewerkschaft FIOM, zu der Hetzkampagne Stellung, die die neue Rechts-Regierung entfachte, um den brutalen Polizeiterror gegen die Demonstrationen zum Treffen der G8 in Genua zu rechtfertigen. Am 20. Juli wurde hierbei der Demonstrant Carlo Giuliani von der Polizei erschossen. In den beiden darauf folgenden Tagen gingen Polizei und Carabinieri mit großer Brutalität gegen die Demonstranten vor. Eine große Zahl wurde willkürlich verhaftet und in Gefangenschaft misshandelt.

Sabattini erinnerte an die 80er Jahre nicht nur angesichts vergangener Kämpfe, sondern auch im Bewusstsein, dass Teile der Arbeiterklasse bald wieder zu Abwehrkämpfen gegen Unternehmer und Regierung gezwungen sein könnten und dann ebenfalls Gefahr laufen, Opfer von Medienhetze und staatlicher Repression zu werden.

Der Medienzar Berlusconi hat nämlich mit der im Mai dieses Jahres gewählten Regierung erheblich bessere Chancen seine Ziele durchzusetzen als 1994 bei seinem ersten Versuch.

## Aufstieg und Scheitern von »Mitte-Links«

Im ersten Anlauf scheiterte Berlusconi am entschiedenen und geschlossenen Widerstand der Gewerkschaften vor allem gegen seine Pläne zur Rentenreform. Er lehnte es damals ab, einen Konsens mit den Gewerkschaften zu suchen, und diese antworteten mit Massendemonstrationen und Streiks. Dies führte schließlich zum Ausstieg der »Lega Nord« aus der Regierung und damit zu deren Ende.

Das Mitte-Links-Bündnis »Ulivo« (Olivenbaum) war 1996 angetreten, um den italienischen Kapitalismus zu modernisieren und für die internationale Konkurrenz zu stärken. Im Gegensatz zu Berlusconi suchte der Ulivo hierzu die Unterstützung der Gewerkschaften, die eng in die Regierungspolitik eingebunden wurden.

Damals war die Teilnahme Italiens am Euro das beherrschende Thema. Der Regierung gelang es im Rahmen der »concertazione«, der »Konzertierten Aktion« von Gewerk-

schaften, Arbeitgeberverbänden und Regierung, einen Konsens über wichtige wirtschafts- und sozialpolitische Reformen herzustellen. Dadurch sollte das Vertrauen der wichtigen Länder der EU erworben werden, um trotz mehrfacher Verletzung der Maastricht-Kriterien an der europäischen Gemeinschaftswährung teilnehmen zu können. Haushaltskürzungen, Verlängerung der Lebensarbeitszeit und eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes waren Ergebnisse der »concertazione«. Diese Maßnahmen wurden weitgehend widerspruchslos akzeptiert, auch wenn sie für die Arbeiterklasse und die Armen große Opfer zur Folge hatten. Möglich war dies vor allem durch die Einbindung der Gewerkschaften, die diesen Trend durch niedrige Tarifabschlüsse noch verstärkten. Die Gewerkschaften sind sehr stolz auf diese Leistung und betonen ihre Rolle bei der Durchsetzung dieser Politik: *»Wenn es eine Haushaltssanierung gegeben hat und strukturelle Hindernisse auf dem Weg nach Europa aus dem Weg geräumt werden konnten, dann ist es das Verdienst der Gewerkschaften, diese Politik der Opfer durchgehen zu lassen, wie sie in verschiedenen Haushaltsplänen der Tränen und des Blutes vorgesehen waren.«<sup>2)</sup>* Der »Partito della Rifondazione Comunista« (PRC) stützte anfangs die Regierung des Ulivo und stimmte in den ersten beiden Jahren der Regierung Prodi ebenfalls für diese Gesetze, auch wenn sie im Detail kritisiert wurden. 1997 stimmte Rifondazione erstmals gegen einen Haushaltsplan, weil er u.a. eine schnellere Verlängerung der Lebensarbeitszeit vorsah. Dieses Verhalten stieß jedoch innerhalb der Partei und besonders in den Gewerkschaften auf heftigen Widerspruch. Nach sehr geringen Zugeständnissen der Regierung sah sich die Partei daher gezwungen, dem Haushalt doch noch zuzustimmen. (s. auch Arpo 2/3 1998)

Nachdem im Frühjahr 1998 die Teilnahme Italiens am Euro offiziell bestätigt wurde, war dies für die Regierung ein großer Erfolg. Damit hatte sie aber auch ihren Zenit erreicht. In der Folge wurde es immer schwieriger, für ihre Politik einen gesellschaftlichen Konsens zu finden. Zuerst war es vor allem Rifondazione Comunista, die der Regierung Schwierigkeiten bereitete. Sie drohte schon bald, dem Haushalt für das Jahr 1999 ihre Zustimmung zu verweigern, wenn dieser keine radikale Wende einleitete. Sie forderte, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ähnliche Anstrengungen

1) il Manifesto, 23.7.2001 2) il Manifesto, 13.9.2000

---

---

## Das Wahlergebnis vom 13. Mai 2001

Die Wahlen vom 13. Mai besicherten Berlusconi eine sichere parlamentarische Mehrheit, die auch durch ein Ausscheiden der »Lega Nord« nicht mehr gefährdet wäre. Berlusconis Partei »Forza Italia« wurde eindeutig stärkste Partei sowohl innerhalb des Rechtsbündnisses als auch darüber hinaus.

Der Wahlsieg des Wahlbündnisses »Casa delle Libertá« (Haus der Freiheiten) war jedoch zuerst einmal gar nicht so großartig, wie es die parlamentarische Sitzverteilung nahe legt. Es errang absolut und relativ weniger Stimmen als die darin vertretenen Parteien 1996 bei den letzten nationalen Wahlen. Bei den Verhältniswahlen, durch die ein Viertel der Sitze im Abgeordnetenhaus vergeben werden, erhielt Berlusconi Bündnis knapp 50% der Stimmen. 1996 erhielten diese Parteien zusammen noch über 54%.

Die Parteien, die 1996 die Regierung Prodi stützten, erhielten andererseits sogar 1% mehr als 1996. Das sind mehr Stimmen als nach den Meinungsumfragen und vorangegangenen Wahlen erwartet wurden. Entscheidend für die Sitzverteilung sind jedoch die Entwicklungen innerhalb dieser Lager: 1996 traten Lega Nord und der damalige »Polo della Libertá« («Freiheitspol») gegeneinander an und nahmen sich gegenseitig Stimmen weg. Das Wahlbündnis Ulivo konnte so – unterstützt von Rifondazione Comunista – im Norden Italiens fast alle Direktmandate gewinnen.

Bei den Wahlen 2001 trat nun aber das »linke Lager« nicht mehr geschlossen an, während es Berlusconi gelang, die Lega Nord wieder in ein Bündnis einzubinden. Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus verzichtete Rifondazione allerdings auf das Aufstellen eigener Kandidaten, um dem

---

6) Di Pietro, der mit seiner Gruppierung »Italia dei valori« (Italien der Werte) ebenfalls unabhängig von den großen Blöcken antrat und an der 4-Prozent-Hürde scheiterte, kommt ebenfalls aus dem Mitte-Links-Bündnis. Der ehemalige Staatsanwalt aus der Mailänder Anti-Korruptions-Kommission »Mani Pulite« (Saubere Hände) wirft der Regierung vor, nicht genügend gegen Korruption und gegen die ausufernde Bürokratie unternommen zu haben.

7) Corriere della Serra, 15.5.2001

Ulivo keine Stimmen wegzunehmen. Bei den Wahlen zum Senat, der zweiten Kammer des italienischen Parlaments, stellte Rifondazione jedoch eigene Kandidaten auf, da die Wähler/innen hier nur eine Stimme haben, die sowohl für die Wahlkreiskandidaten als auch für die Listenwahl gilt. Ein Verzicht nur auf Direktkandidaten wäre hier also nicht möglich gewesen.

Da der Abstand zwischen dem Rechtsbündnis und dem Ulivo bei den Senatswahlen geringer war als beim Abgeordnetenhaus, hätte eine Unterstützung des Ulivo durch Rifondazione und durch Di Pietros Gruppierung »Italia dei valori« hier evtl. eine absolute Mehrheit Berlusconis verhindern können.<sup>6)</sup> Teile der DS und einige linke Intellektuelle machen deshalb jetzt Rifondazione für den uneingeschränkten Sieg Berlusconis verantwortlich. Fausto Bertinotti, der Generalsekretär des »Partito della Rifondazione Comunista«, zitiert als Antwort auf solche Vorwürfe seine Grundschullehrerin, die ihm schon früh beigebracht habe, dass man »Karotten und Kartoffeln nicht zusammenzählen« könne. Er betont, dass die Differenzen zur alten Regierung so groß waren, dass Ulivo und Rifondazione auf keinen gemeinsamen Nenner kommen: »Wir standen in Opposition zu einer Regierung, die den Krieg auf dem Balkan mitgemacht hat, die die Privatschulen finanziert und den Arbeitsmarkt prekariert hat«<sup>7)</sup>.

Angesichts der Polarisierung des Wahlkampfes auf die beiden großen Wahlbündnisse und der Abspaltung der regierungstreuen »Partito dei Comunisti Italiani« im Jahre 1998 können die von Rifondazione erreichten 5 Prozent durchaus als Erfolg betrachtet werden. Die Parteien, die aus dem ehemaligen PCI hervorgingen, haben zusammengenommen weniger Stimmen als der PCI in seinem historischen Tief. Dies trifft vor allem die DS, die mit 16 Prozent kaum mehr Stimmen haben als die Liste »Margherita«, ein Sammelsurium aus verschiedenen liberalen und Ex-DC-Gruppierungen, deren Position im »Ulivo« damit erheblich gestärkt wurde. Darin deutet sich eine Entfremdung zwischen DS und Arbeiterschaft an, die der CGIL-Generalsekretär Cofferati nun innerhalb der DS thematisieren will. ■

---

---

zu unternehmen, wie dies im Falle des Euro geschehen war. Da der Haushaltsentwurf für 1999 keine derartigen Maßnahmen vorsah, kündigte der PRC seine Unterstützung für die Regierung endgültig auf. Dies hatte den Sturz der Regierung und die Abspaltung der PdCI («Partito dei Comunisti Italiani») um den »Ehrenvorsitzenden« Cossutta zur Folge. Diese Partei ist mittlerweile Bestandteil des Ulivo, arbeitete bis zu deren Ende loyal in der Regierung mit und kann ernsthaft nicht als kommunistische Partei angesehen werden.

Das Ausscheiden von Rifondazione und deren Ersetzung durch eine Fraktion von Abweichlern verschiedener Rechtsparteien weckte bei den Unternehmern anfangs die Hoffnung, nun werde es weiter gehende Reformen in ihrem Sinne geben. Und tatsächlich stimmten die Gewerkschaften weiterhin verschiedenen Maßnahmen zur Deregulierung zu, und als es in mehreren Großstädten – ausgelöst von kleinen berufsständischen und Basisgewerkschaften – zu einer Streikwelle im öffentlichen Nahverkehr kam, war es die »linke« CGIL, die eine Einschränkung des Streikrechts forderte. Um diese Zeit versuchte der FIAT-Ehrenpräsident Giovanni Agnelli, die Unternehmer zu einer stärkeren Unter-

stützung der Regierung zu bewegen. Er wies darauf hin, dass in Italien eine rechte Politik nur von einer linken Regierung durchgesetzt werden könne, da nur sie die Einbindung der Gewerkschaften sicherstellen könne.

In den Gewerkschaften formierte sich jedoch gegen diese Politik der Unterordnung unter die Regierung und der Einbindung in die »Concertazione« eine zunehmende Opposition. Bei Wahlen zu den betrieblichen Interessenvertretungen konnten linke Basisgewerkschaften teilweise beachtliche Stimmengewinne gegen die großen Gewerkschaftsverbände erzielen.

Diese Entwicklungen zwangen die CGIL-Führung zur Vorsicht. Als die Regierung für das Jahr 2000 eine grundsätzliche Reform des Rentensystems anvisierte, wurde dies schließlich auch von der CGIL-Führung abgelehnt. Diese Reform wurde daraufhin auf die Zeit nach den Wahlen verschoben. Negativ reagierte die CGIL auch auf Pläne zur Erleichterung von Entlassungen oder zur Ausdehnung von befristeten Arbeitsverhältnissen. Die Arbeitgeber ihrerseits forderten aber immer eindringlicher weitergehende, grundlegende Reformen in ihrem Sinne. Der Regierung warfen sie

---

---

## Die italienischen Parteien und Gewerkschaften:

### **CGIL Confederazione Generale Italiana del Lavoro**

(Allgemeiner Bund der Arbeit) Bereits vor Ende des Zweiten Weltkrieges mit Unterstützung von Kommunisten, Sozialisten und Christdemokraten gegründete Einheitsgewerkschaft. Nach dem Austritt der Sozialdemokraten und der Christdemokraten stand die CGIL der Kommunistischen Partei nahe und heute den DS. Etwa 5,3 Mio. Mitglieder, davon 2,9 Mio. Rentner. 1994: 5,2 Mio. Mitglieder, davon etwa 2,6 Mio. Rentner

### **CISL Confederazione Italiana dei Sindacati Liberi**

(Bund Freier Gewerkschaften) 1949 vom CGIL abgespaltene christdemokratische Gewerkschaft. Sie hatte ursprünglich die Funktion einer gelben Gewerkschaft. Während der Arbeiterkämpfe 1968–1976 bildete sich zeitweilig ein starker kämpferischer Flügel heraus. Etwa 4 Mio. Mitglieder, davon etwa die Hälfte Rentner; 1994: 3,8 Mio. Mitglieder, davon 1,5 Mio. Rentner

### **DS Democratici di Sinistra** (Linksdemokraten)

Mehrheitsflügel der alten Kommunistischen Partei (PCI), der die Partei 1990 zuerst in PDS (Partito della Democrazia Sinistra) umbenannte. Dieser schlossen

sich Mitte der 90er Jahre eine Reihe kleinerer Gruppen aus dem linksliberalen und linkssozialdemokratischen Spektrum an, und die Partei nannte sich um in DS.

### **PRC Partito della Rifondazione Comunista**

(Partei der Kommunistischen Neugründung), Linker Flügel der ehemaligen PCI, der 1990 den Übergang zur PDS nicht mitmachte und sich selbstständig organisierte.

### **FIM Federazione Italiana Metalmeccanici**

(Italienischer Bund der Metallarbeiter)

Metallgewerkschaft der CISL, ca. 180 000 Mitglieder

### **FIOM Federazione Impiegati Operai Metallurgici**

(Bund der Angestellten und Arbeiter des Metallbereichs), ca. 350 000 Mitglieder

### **UIL Unione Italiana Lavoratori**

(Italienische Arbeiterunion) 1950 von rechten Sozialisten gegründete antikommunistische Gewerkschaft. Die linken Sozialisten blieben in der CGIL. Etwa 1,7 Mill. Mitglieder, davon etwa 420 000 Rentner; 1994: Mitgliederzahl in etwa gleich, aber nur 320 000 Rentner.

### **UILM Unione Italiana Lavoratori Metalmeccanici**

(Italienische Metallarbeiterunion) Metallgewerkschaft im Dachverband UIL, ca. 120 000 Mitglieder.

---

---

vor allem vor, dass sie nicht einmal die Kraft habe, ihre eigenen Reformvorhaben anzugehen. Dabei wurde auch die Politik der »concertazione« hinterfragt, da sie nur noch Reformen zuließ, die den meisten Arbeitgebern bei weitem nicht ausreichten.

D'Alema, der Nachfolger Prodis als Regierungschef, fasste rückschauend die Politik von Mitte-Links zusammen: »In diesen Jahren haben wir eine Politik gemacht, die erlaubt hat das Land ohne soziale Konflikte zu sanieren. Politische Maßnahmen der Sanierung, der Einschränkungen und Opfer ohne eine Stunde Streik.« Er vergaß jedoch hinzuzufügen, dass der für eine solche Politik notwendige Vorrat an Gemeinsamkeiten gegen Ende der Legislaturperiode erschöpft war und die Regierung mit ihrer Politik des Sozialpakts dadurch in eine Sackgasse geraten war. Dies drückt sich auch in den Ergebnissen nahezu aller Regional- und Kommunalwahlen seit Mitte 1998 aus. Der Ulivo musste hier herbe Verluste hinnehmen, und sogar das »rote Bologna«, einst die feste Hochburg und der ganze Stolz der alten PCI, wird heute von einem rechtem Bürgermeister regiert.

### **Die Unternehmer wollen die radikale Wende**

Vor allem die kleineren Unternehmer wurden immer unzufriedener. Sie übten auf ihre Verbandsführung Druck aus, ihre Interessen offensiver zu vertreten. Der hohe Anteil von Kleinbetrieben ist eine Besonderheit des italienischen Kapitalismus und ihre Eigentümer spielen auch politisch eine größere Rolle als in anderen Staaten der EU.

Während in Deutschland, Frankreich und Großbritannien etwa ein Drittel der Lohnabhängigen in Betrieben mit mehr als 500 Beschäftigten arbeiten, sind es in Italien nur etwa 17 Prozent. Umgekehrt sind in Italien 57 Prozent der Arbeiter in Betrieben mit weniger als 20 Beschäftigten ange-

stellt, während es in den anderen genannten Ländern nur etwa 30 Prozent sind. Besonders stark vertreten sind diese Betriebe im Süden des Landes, aber auch im Nordosten, im Veneto. Diese Region erlebte in den letzten Jahren ein ungeheures Wirtschaftswachstum. Hier kommen auf etwa 4,5 Millionen Einwohner 450 000 Betriebe<sup>3)</sup>. Diese Betriebe haben an wirtschaftlicher Stärke gewonnen und ihre Eigentümer entsprechend an Selbstbewusstsein. Zum Teil spielen diese auch für den Export eine wichtige Rolle und agieren international, was auch ein Zeichen ihrer ökonomischen Bedeutung ist. Um sich gegenüber der Konkurrenz durchsetzen zu können, sind sie auf Lohn- und Sozialdumping angewiesen.

Die Kleinunternehmer und Händler genossen während der Regierungszeit der Democrazia Cristiana den besonderen Schutz der Regierung. Steuerhinterziehungen und Schwarzarbeit – Delikte, die in diesen Betrieben an der Tagesordnung sind – wurden regelmäßig amnestiert, um diesen Unternehmen das Überleben zu erleichtern. Die Mitte-Links-Regierung zeigte sich hier nicht so großzügig und konnte vor allem im Kampf gegen die Steuerhinterziehung einige Erfolge erzielen.

Als die kleine »Radikale Partei« Unterschriften für eine Reihe von Volksbegehren sammelte, mit denen u.a. die Lockerung des Kündigungsschutzes, der Abbau gewerkschaftlicher Rechte in den Betrieben und die Abschaffung nationaler Tarifverträge gefordert wurden, erklärte der Unternehmerverband Confindustria überraschend seine Unterstützung für diese Aktion. Dies stellte einen Bruch mit der Tradition dieses Verbandes dar. Die Unternehmer hatten bis dahin niemals offen gegen eine Regierung mobilisiert, son-

3) NZZ, 3.11.2000

dem stets versucht, durch Lobbyarbeit Einfluss auf die Politik zu erlangen. Diese neue Linie setzte sich in der Confindustria auch bei der Wahl eines neuen Vorsitzenden durch. Gewählt wurde der Kleinunternehmer D'Amato, der ganz eindeutig die Sympathien Berlusconis besitzt. Der als Kandidat des Großkapitals geltende Callieri fiel bei den Wahlen durch. Er legte größeres Gewicht auf die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit Regierung und Gewerkschaften, was bei den Kleinunternehmern nicht mehr durchsetzbar war.

Erstmals in der Geschichte des Verbandes kam es um die Position des Vorsitzenden zu einer Kampfabstimmung, und das Ergebnis wurde als eine Rebellion der Kleinunternehmer und als Niederlage der traditionellen Führungskräfte des italienischen Kapitals gewertet. Allerdings bekam D'Amato auch die Stimmen einiger Großunternehmen und zwar nicht nur von Berlusconis Konzern, sondern z.B. auch von Benetton und von Vertretern privatisierter, bis vor kurzem staatlicher Unternehmen, deren Ziel es ist, sich mit den neu erworbenen Betrieben durch radikale Einschnitte auf dem Weltmarkt zu behaupten und sie für die Börse interessant zu machen.

Der neue Arbeitgeberboss stellt die Politik des sozialen Konsens verbal nicht in Frage. Jedoch will er darunter nicht mehr den Zwang verstanden wissen, »zu jedem Preis ein Abkommen zu schließen«, sondern nur noch die Verpflichtung, mit den Gewerkschaften zu verhandeln. Wenn dabei kein Kompromiss gefunden wird, sollen Regierung und Unternehmer auch ohne deren Zustimmung handeln können.

Ganz auf dieser Linie liegt auch das Aktionsprogramm, das sich die Unternehmer gegeben haben: Steuererleichterungen für Unternehmen, radikale Haushaltssanierung, grundlegende Reform des Rentensystems, Ausstieg aus den Flächentarifverträgen, unbeschränkte Möglichkeiten für befristete Arbeitsverträge und einfachere Entlassungen.

Berlusconi, der bei diesem Kongress anwesend war, erklärte voller Begeisterung, dieses Programm sei auch sein Programm und werde im Falle seiner Wahl unverzüglich umgesetzt.

### Die Gewerkschaften sind gespalten

Während aus dem Unternehmerlager neue und radikale Töne kamen, die die Zustimmung der Rechtsparteien erhielten, zeigten sich die Gewerkschaften zunehmend verunsichert, und die Antworten auf die neuen Herausforderungen fielen recht unterschiedlich aus. Die CGIL wies die Forderungen der Unternehmer strikt zurück und bekräftigte ihr »Nein« zu den Reformvorschlägen. Von CISL und UIL, den Gewerkschaftsorganisationen der ehemaligen Christdemokraten bzw. der ehemaligen Sozialistischen Partei, kamen jedoch Signale, den Unternehmern ein Stück entgegenzukommen, bei den Tarifverträgen mehr Flexibilität zuzugestehen und den Sozialpakt neu zu definieren. Was auf Vorstandsebene zuerst sehr vage und vorsichtig formuliert wurde, bekam in der betrieblichen Praxis bald handfeste Konturen. In Italien existiert ein 2-stufiges System der Tarifverhandlungen: In den nationalen Tarifverträgen werden Lohn und Gehalt, Urlaub und Wochenarbeitszeit festgelegt, in betrieblichen Tarifverträgen wird das geregelt, was in Deutschland mittels Betriebsvereinbarungen zwischen Unternehmen und Betriebsrat ausgehandelt wird: Die Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeit, evtl. Prämien u.a. Im Mittelpunkt des Interesses steht hierbei vor allem das Aus-

maß der Arbeitszeit-Flexibilisierung. In mehreren größeren Betrieben kam es in dieser Frage zu Differenzen zwischen der CGIL einerseits und CISL und UIL andererseits. Es zeigte sich, dass die CGIL eine weiter gehende Flexibilisierung zwar nicht generell ablehnt, ihr aber engere Grenzen setzen möchte als die anderen Gewerkschaften. (siehe auch Arpo 4/5, 2000)

Das Verhältnis der Gewerkschaften untereinander wurde immer gespannter, wozu auch der Wechsel des CISL-Vorsitzenden D'Antoni in die Politik beitrug: Gemeinsam mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Andreotti, der gerade vom Vorwurf der Anstiftung zum Mord freigesprochenen wurde, gründete er die »Democrazia Europea«, die zum Sammelbecken einer neuen »christlichen Mitte« werden sollte.

Gegen Ende der Mitte-Links-Regierung wurde der Bruch zwischen den Gewerkschaftsverbänden auch auf nationaler Ebene deutlich. Bei Verhandlungen über befristete Arbeitsverhältnisse lehnte die CGIL die Zugeständnisse ab, welche CISL und UIL den Arbeitgebern machten. Die CGIL wollte die Möglichkeiten zur Nutzung von befristeten Arbeitsverträgen viel stärker beschränken, musste sich damit aber nicht nur mit den Kapitalvertretern, sondern vor allem erst einmal mit den anderen gewerkschaftlichen Dachverbänden auseinandersetzen. Wenige Tage vor dem Wahlsieg Berlusconis wurden CISL und UIL mit den Arbeitgeberverbänden einig und unterzeichneten einen neuen Vertrag zur Regelung befristeter Arbeitsverhältnisse, der dann an das Arbeitsministerium weitergeleitet wurde.

Sah es Mitte der 90er Jahre noch so aus, als stünde die Vereinigung der drei großen Gewerkschaftsverbände unmittelbar bevor, so sind die Differenzen heute so stark wie seit mindestens 15 Jahren nicht. Wollen sich CISL und UIL auf der einen Seite den Unternehmern als Partner für einen weiter gehenden Sozialabbau anbieten, so spielt die CGIL andererseits eine sehr defensive Rolle. Sie will das bestehende Sozialsystem in seinen wesentlichen Zügen beibehalten, sich dabei aber auch nicht mit den Unternehmern überwerfen, die genau dieses System grundlegend verändern wollen. Die Beibehaltung der »concertazione« und die weitere Einbeziehung der CGIL in diese ist das Ziel der CGIL-Führung und eine Mobilisierung der Mitglieder passt nur bedingt in dieses Konzept. Daran hat sich auch durch die Machtübernahme der Rechten nichts geändert. Gleichzeitig haben die Unternehmer aber das Gesetz des Handelns an sich gerissen, und gemeinsam mit CISL und UIL gelingt es ihnen, die CGIL an entscheidenden Punkten aus dem Rennen zu werfen. In der Öffentlichkeit erscheint die CGIL daher nicht so sehr als eine Organisation, die offensiv für die Arbeiterinteressen eintritt, sondern als handlungsunfähig, eine Niederlage nach der anderen erleidend. Auch nach dem Wahlsieg Berlusconis fragt CGIL-Generalsekretär Cofferati nicht nach Konsequenzen für seine eigene Organisation, sondern will jetzt verstärkt das Gewicht der CGIL in die innerparteilichen Auseinandersetzungen bei den DS einbringen und dort das Arbeiterelement stärken.

Die innergewerkschaftliche Opposition hat bereits angekündigt, dass Cofferati diese Diskussion in den eigenen Reihen haben wird. Die Opposition betont die Autonomie gegenüber den politischen Parteien und lehnt die Politik der »concertazione« ab. »Cofferati will das Bestehende gegen die Angriffe der Regierung und der Confindustria verteidigen, wir wollen es verändern.«<sup>4)</sup>

## Metalltarif: CGIL-FIOM versucht Mobilisierung

In der Metallindustrie kam es ebenfalls zum Bruch der Gewerkschaftseinheit. FIM und UILM, die Metallgewerkschaften von CISL und UIL, haben am 4. Juli ein separates Abkommen mit den Metallunternehmern abgeschlossen. Die FIOM, die Metallgewerkschaft im Dachverband CGIL, ist hier besonders stark organisiert und von ihrer Basis her traditionell kämpferischer als die meisten anderen Gewerkschaften. Dies gilt auch im Vergleich zu anderen Einzelgewerkschaften der CGIL. Die Politik der FIOM bewegte sich in den vergangenen Jahren allerdings auch im Rahmen der »concertazione« und brachte für die Arbeiter/innen niedrige Lohnerhöhungen und zunehmende Flexibilisierung. Der separate Abschluss von FIM und UILM ist jedoch ein Schritt auf dem Weg zur Abschaffung des Flächentarifvertrages. Eine solche Entwicklung kann die FIOM nicht dulden. Will sie dieser entgegenreten, muss sie aber die Arbeiterschaft gegen die Angriffe der Unternehmer und gegen die Politik von CISL/UIL mobilisieren.

Ursprünglich hatten die drei großen Gewerkschaftskonföderationen einen gemeinsamen Forderungskatalog beschlossen. Dieser sah eine Lohnerhöhung von 135 000 Lire vor, die sich aus einem Inflationsausgleich und einer Beteiligung am Produktivitätszuwachs zusammensetzte. Die gewerkschaftliche Linke lehnte diesen Katalog ursprünglich ab, da die Lohnforderungen zu niedrig waren. Bei Abstimmungen wurde diese Forderung allerdings mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen angenommen. Die Arbeitgeber hatten diese und eine ganze Reihe anderer Tarifverhandlungen bewusst verschleppt, da sie auf einen Regierungswechsel bei den Wahlen hofften. Sie boten anfangs lediglich 85.000 Lire und weigerten sich strikt, über eine Beteiligung am Produktivitätszuwachs zu reden, da dieses Thema nur auf betrieblicher Ebene verhandelt werden könne. Dies entspricht der Linie des Verbandes gegen die nationalen Tarifverträge.

Am 15.5., wenige Tage nach den Wahlen, riefen die drei Gewerkschaftsverbände noch vereint zu einem eintägigen Streik auf. Die Beteiligung an diesem Streik war sehr groß, und übereinstimmend wurde berichtet, dass sich insbesondere junge Arbeiter/innen und solche aus der »New Economy« daran beteiligten. Die Arbeitgeber erhöhten daraufhin ihr Angebot auf 111 000 Lire als Inflationsausgleich und waren noch bereit, einen »Vorschuss« von 18 000 Lire auf das kommende Jahr zu zahlen, der aber mit den nächsten Lohnerhöhungen verrechnet werden könne. Die nationalen Tarifverträge sollen nach dieser Vorstellung nur noch den Ausgleich für die Inflation regeln, die Verhandlungen darüber wären künftig nur noch eine Art notarieller Akt. Folglich enthielt auch dieses Angebot keinen Anteil für den Produktivitätszuwachs. FIM und UILM waren jetzt jedoch bereit, auf dieser Basis ein Abkommen mit den Metallunternehmern zu unterzeichnen. Sie wollen über den Produktivitätszuschlag nicht auf nationaler, sondern auf regionaler Ebene verhandeln, um den Unterschieden zwischen dem Norden und dem Süden besser gerecht zu werden. Da es eine solche Ebene der Tarifverhandlungen bisher aber nicht gibt, wird wohl dort verhandelt werden, wo die Unternehmer es wollen: in den Betrieben. Als weiterer Grund für die Zustimmung wurde das Entgegenkommen der Arbeitgeber genannt. Von den geforderten 135 000 Lire hätten sie 129 000 zugestanden, ein

Erfolg, wie ihn die Gewerkschaften in den vergangenen Jahren niemals errungen hätten.

Hier zeigt sich, wie berechtigt die Kritik der innergewerkschaftlichen Opposition an den niedrigen Forderungen ist. Die Opposition unterstützt den Vorrang der Verteidigung des Flächentarifvertrages. Sie warnte aber auch, dass dieses Ziel durch die konkreten Forderungen Schaden nehmen könne. Und in der Tat muss die FIOM jetzt etwas umständlich erklären, weshalb sie einen Tarifvertrag ablehnt, obwohl ihre materiellen Forderungen weitgehend erfüllt sind. Begründet wird die Ablehnung politisch, da die Verteidigung des nationalen Tarifvertrages für die gesamte Arbeiterbewegung von Interesse ist, um den Versuchen der Unternehmer Einhalt zu gebieten, die die einzelnen Belegschaften gegeneinander auszuspielen wollen.

Mit diesem Ziel rief die FIOM für den 6.7. zu einem eintägigen Streik auf. Dieser richtete sich nicht nur gegen die Metallunternehmer, sondern auch gegen FIM und UILM, die mittlerweile den separaten Tarifvertrag abgeschlossen hatten. Auch bei diesem Streik war die Beteiligung ausgesprochen gut. Die Gruppierungen der italienischen Linken bewerten diesen Streik sehr optimistisch. »Liberazione«, die Tageszeitung von Rifondazione Comunista, sieht darin eine »Wiedergeburt der Arbeiterbewegung« und erklärte »den finsternen 20 Jahre währenden Zyklus« für beendet, der 1980 mit der Niederlage der Arbeiter bei FIAT begann<sup>5)</sup>.

Da FIM und UILM eine gemeinsame Urabstimmung über den Tarifvertrag verweigern, sammelt die FIOM mittlerweile Unterschriften, um FIM und UILM das Mandat für ihr Handeln abzusprechen. Für den 16. November haben FIOM und CGIL weitere Aktionen angekündigt. Ein Teil der Opposition innerhalb der FIOM verlangt eine Überarbeitung des Forderungskataloges, um einen Abschluss zu verhindern, mit dem die Gewerkschaft das »Gesicht wahren« könne, der den Arbeiter/innen aber keine Vorteile bringt. Die Mitglieder von FIM und UILM haben den abgeschlossenen Tarifvertrag mittlerweile mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

Die linken Basisgewerkschaften stehen diesem Konflikt demonstrativ desinteressiert gegenüber. So z.B. verkündet die CUB («Comitato Unitario della Base»), eine von drei basisgewerkschaftlichen Dachverbänden, die Differenzen zwischen FIOM und FIM/UILM seien marginal angesichts der tatsächlichen Probleme der Arbeiterklasse. Damit verkennen sie jedoch den politischen Gehalt dieser Entwicklung und testen nicht aus, wie weit die FIOM tatsächlich bereit ist, in diesem Konflikt zu gehen. Wenn die Unternehmer und die mit ihnen kooperierenden Gewerkschaften die FIOM aus den Tarifverhandlungen ausgrenzen können, ohne dafür von den Arbeiter/innen zur Rechenschaft gezogen zu werden, schwächt dies die Position der gesamten Arbeiterbewegung.

## Weitere Konflikte sind absehbar

Der Tarifvertrag für die Metallindustrie ist nur einer von mehreren Tarifverträgen, die zur Erneuerung anstehen. Die Arbeitgeber hatten die Verhandlungen bewusst verzögert, um den von ihnen gewünschten Ausgang der Wahlen abzuwarten. Der Abschied vom nationalen Tarifvertrag ist auch in anderen Branchen Ziel der Arbeitgeber.

Darüber hinaus beinhaltet das Programm der Regierung eine ganze Reihe von Punkten, die einen Angriff auf die Arbeiter/innen und die Gewerkschaften bedeuten, eine for-

4) il Manifesto, 31.5.2001 5) Liberazione, 7.7.2001



cierte Umverteilung von unten nach oben und den Abbau von Arbeiterrechten zum Ziel haben.

Einige bürgerliche Kommentatoren bezweifeln, dass der Populist Berlusconi wirklich den Mut zu unpopulären Maßnahmen aufbringen werde. (NZZ, 24.7.2001). Aber einige Forderungen aus dem Unternehmerlager wird er auf jeden Fall umsetzen müssen, will er dessen Unterstützung nicht gleich wieder verlieren. Und diese Unterstützung ist heute ungeteilt.

Auch Agnelli, der 1994 noch offen seine Vorbehalte gegen Berlusconi formuliert hatte und die Unternehmer noch 1999 zu einer engeren Kooperation mit der Mitte-Links-Regierung bewegen wollte, gehört heute zu den Befürwortern der Rechtsregierung. Schon vor den Wahlen nahm er Berlusconi gegen Vorwürfe ausländischer Zeitungen (Economist, Financial Times u.a.) in Schutz, er sei auf Grund seiner Verstrickungen in verschiedene Korruptionsaffären, vor allem aber wegen seiner haltlosen und viel zu viel versprechenden Wahlaussagen nicht als Ministerpräsident geeignet. Nach den Wahlen, als die eindeutige Parlamentsmehrheit deutlich wurde, erklärte er der Regierung seine volle Unterstützung. Mit Ruggiero trat ein ehemaliges Vorstandsmitglied von FIAT und ehemaliger Sekretär der Welthandelsorganisation als Außenminister in das Kabinett ein. Unterstützt wird von Agnelli auch das Programm der Confindustria und der Konfrontationskurs der Arbeitgeber in der Metallindustrie. Ausschlaggebend für dieses Umdenken dürfte die Erfahrung gewesen sein, dass FIAT alleine nicht mehr dem Druck der internationalen Konkurrenz standhalten konnte. Nachdem es FIAT nicht vermochte, sich andere Unternehmen wie z.B. Volvo einzuverleiben, blieb dem Unternehmen nichts anderes übrig, als sich an den besten Anbieter unter den Großen zu verkaufen. Das war General Motors, das im März 2000 20 Prozent der FIAT-Aktien übernahm. Darin zeigte sich die Krise des traditionell von der italienischen Privatbourgeoisie beherrschten nordwestitalienischen Großkapitals, das vor allem aus einer viel zu geringen Kapitaldecke dieser Konzerne resultiert. Das Problem der Konkurrenzfähigkeit erhielt damit auch für die Familie Agnelli und andere Repräsentanten des italienischen Großkapitals eine neue Qualität und relativierte die politischen Differenzen gegenüber den Kleinunternehmern.

Es ist absehbar, dass die Regierung schon sehr bald Gesetzentwürfe einbringen wird, die dieser Unterstützung durch das Kapital Rechnung tragen. Allerdings scheint die Regierung dabei den großen Konflikt mit den Gewerkschaften vorerst vermeiden zu wollen. Nach der Ankündigung eines »heißen Herbstes« durch die CGIL und der Kritik der anderen Gewerkschaftsverbände wurden die radikalsten Vorhaben erst einmal aufgeschoben. Berlusconi betonte

# il manifesto

DOMENICA 24 LUGLIO 2001

## Chi ha vinto a Genova

**I**l ministro dell'Interno Francesco Cossiga ha detto che il G8 è stato un successo. Il ministro della Giustizia Antonio Di Pietro ha detto che il G8 è stato un successo. Il ministro della Sanità Antonio Di Pietro ha detto che il G8 è stato un successo. Il ministro della Difesa Antonio Di Pietro ha detto che il G8 è stato un successo. Il ministro dell'Interno Francesco Cossiga ha detto che il G8 è stato un successo. Il ministro della Giustizia Antonio Di Pietro ha detto che il G8 è stato un successo. Il ministro della Sanità Antonio Di Pietro ha detto che il G8 è stato un successo. Il ministro della Difesa Antonio Di Pietro ha detto che il G8 è stato un successo.

**Nella notte la polizia scatenò la sua repressione. Gli agenti irrompono nella sede del G8 social forum. Picchiano selvaggiamente i giovani che stavano dormendo. Decine di feriti portati via dalle ambulanze. Molti ragazzi arrestati. L'operazione va avanti e colpisce tutti i luoghi di ritrovo dei manifestanti. Alla fine di una giornata segnata da un grande corteo pacifico che ha visto sfilare 200.000 persone e da ore di accordi tra "forze dell'ordine" e "tute nere", la polizia compie la sua vendetta. Senza alcuna giustificazione. Sotto accusa il capo della polizia e il ministro degli Interni del governo Berlusconi. Il quale oggi chiude il G8 della vergogna**

## La furia della polizia

zwar, dass er eine Wirtschaftspolitik wie Maggy Thatcher betreiben wolle, aber auch diese habe nicht alle ihre Vorhaben im ersten Jahr angepackt. Die grundlegende Reform des Rentensystems und die Erleichterung von Entlassungen – beides ganz oben auf der Wunschliste des Unternehmerverbandes – werden in ihrer radikalen Variante wohl erst einmal auf nächstes Jahr verschoben werden. Doch verbleiben unterhalb dessen noch eine ganze Reihe anderer Ansatzpunkte für eine weiter gehende Flexibilisierung des Arbeitsmarktes: So sollen für das Kapital die Möglichkeiten zum Einsatz von Leiharbeit und befristeten Arbeitsverhältnissen verbessert werden.

Bezüglich der Rentenreform will sich die Regierung vorerst mit dem Aufbau einer privaten, nur von den Arbeitenden zu finanzierenden Rentenversicherung als »Ergänzung« zur öffentlichen Vorsorge begnügen. Die in Deutschland durchgesetzte »Riester-Rente« dürfte wohl hierfür das Vorbild sein. Die Arbeitgeber zeigen sich von diesen Plänen erst einmal enttäuscht, und Agnelli fordert von der Regierung ein konsequenteres Vorgehen. Für die Regierung hat dieses Vorgehen jedoch den Vorteil, dass sie so besser die Differenzen zwischen den einzelnen Gewerkschaftsverbänden ausnutzen kann. Die »concertazione« in ihrer bisherigen institutionalisierten Form soll durch den »sozialen Dialog« ersetzt werden. Dieser soll sich durch »maximalen Respekt« vor den »Sozialpartnern« auszeichnen, aber der Regierung nicht mehr die Hände binden, wenn »nicht alle mit Allem einverstanden sind«.

Konflikte mit der CGIL sind jedoch vorprogrammiert. Der Polizeiterror und die Medienhetze gegen die Proteste zum Gipfel der G8 in Genua können durchaus als Demonstration dessen verstanden werden, was auch andere soziale Bewegungen zu erwarten haben, wenn sie sich den Regierungsbeschlüssen nicht widerstandslos beugen wollen. Auch die CGIL äußerte Befürchtungen vor einer Kriminalisierung von

## Demonstrationsverbot?



Protesten der Arbeiter. Die weit gehende Abstinenz der offiziellen Gewerkschaften bei den anschließenden landesweiten Demonstrationen gegen das Verhalten von Polizei und

Regierung zeigt, wie wenig die Gewerkschaften auf die neue Lage vorbereitet sind. Lediglich die FIOM unterstützte diese Proteste und erklärte demonstrativ ihren Beitritt zum Genua Social Forum, das die Demonstrationen gegen den G8-Gipfel maßgeblich organisierte und deshalb im Zentrum der rechten Hetze stand. Auch wenn dies praktisch von geringer Bedeutung ist, so setzt die FIOM hier doch ein wichtiges poli-

tisches Zeichen. Mit bei den Demonstrationen waren aber auch viele regionale, lokale und betriebliche Gewerkschaftsgremien und landesweit interessanterweise auch die Jugendorganisation der FIM. Die CGIL-Führung war zu einer Unterstützung dieser Proteste aber nicht bereit. Sie beklagte vielmehr die Gewalt auf beiden Seiten und wollte nicht eindeutig gegen die Rechtsregierung Stellung beziehen.

Die CGIL-Führung hat es noch nicht aufgegeben, im Rahmen des Sozialpakts eine staatstragende Rolle spielen zu

wollen. So droht Cofferati einerseits, mit einer Mobilisierung der gewerkschaftlichen Basis gegen arbeiterfeindliche Gesetzesvorhaben, in der Lombardei tritt die CGIL aber einem »Pakt für das Wachstum« bei, der sich u.a. für die weitere Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse ausspricht. Wenn es gegen die Vorhaben der Unternehmer und der Regierung zu Kämpfen der Arbeiter/innen kommt, besteht daher die Gefahr, dass diese Kämpfe von der CGIL-Führung nur dazu benutzt werden, ihren Platz am Tisch der »concertazione« zu sichern. Über Umfang und Ziele dieser Mobilisierung wird es daher zu Auseinandersetzungen zwischen der Gewerkschaftsführung und der innergewerkschaftlichen Opposition kommen.

Die Parteien des Ulivo verhalten sich ähnlich wie die CGIL. Nach den Ereignissen von Genua und der vielfältigen Kritik aus dem In- und Ausland an den brutalen Polizeieinsätzen gibt es nun Versuche, Teile der radikalen Opposition zu kriminalisieren. Dazu wird das Gespenst eines »Schwarzen Blockes« aufgebaut und die Gefahr des Terrorismus heraufbeschworen, in dessen Bekämpfung sich alle Parteien einig sein müssten. Die Mitte-Links-Parteien hatten nichts Eiligeres zu tun, als der Regierung hierbei ihre Unterstützung zuzusichern. Damit aber helfen sie, all jene auszugrenzen, die den nationalen Schulterschluss verweigern. Der Regierung liefern sie damit indirekt ein Alibi für den Polizeiterror von Genua und für zukünftige Aktionen dieser Art. ■

## Ökonomische Krise und Arbeiterbewegung in Südkorea

**Arm in Arm mit den westeuropäischen Werftindustriellen haben die Gewerkschaften immer wieder Subventionen für die deutschen Werften gefordert, damit diese gegenüber den staats-subventionierten südkoreanischen Werften konkurrenzfähig sein können. So sollten die Arbeitsplätze in Westeuropa gegen die »schmutzige Konkurrenz« gesichert werden. Im November 1999 gab es eine europaweite Protestaktion der Werft-Beschäftigten, auch zur Unterstützung einer Klage der EU gegen Korea. Auch die IG Metall mobilisierte zu Kundgebungen.**

Mit den deutschen Unternehmern steht die IG Metall in enger Tuchfühlung. Frank Teichmüller, Leiter des IGM-Bezirktes Küste : »Die EU hat Korea sehr deutlich gemacht, dass die angedrohten Maßnahmen nur Luftnummern sind.« ... »Die Werftarbeiter fragen sich, warum Europa die Kraft zum Handeln fehlt.«<sup>1)</sup> Uns ist allerdings nicht bekannt, dass die IG Metall den die Entwicklung von Klassenkraft notwendigen Kontakt zu südkoreanischen Gewerkschaften sucht.

Wir erleben, dass von den Unternehmern verstärkt ein Standort gegen den anderen ausgespielt wird, während die Arbeiter der verschiedenen Standorte nichts voneinander wissen: So wird überall in der Welt verstärkt gegen die Lohnabhängigen vorgegangen.

Im Juli 2001 führten wir ein Gespräch mit einem Kollegen des linken Flügels des koreanischen Gewerkschaftsbundes KTCU. Anlass war die Übergabe einer Geldspende der Gruppe Arbeiterpolitik zur Unterstützung des Widerstandes der koreanischen Gewerkschaften gegen die Entlassungen

bei Daewoo. Nachstehend eine Zusammenfassung des Gesprächsinhaltes:

### Südkoreas Arbeiterbewegung

Die südkoreanische Arbeiterbewegung ist bekannt für ihre militante und zähe Kampffähigkeit, die sie seit den 80er Jahren unter der Fahne der demokratischen Gewerkschaft trotz aller militärdiktatorischen Unterdrückungsmaßnahmen gezeigt hat. Nach jahrelangen Kämpfen, nachdem die südkoreanischen Arbeiter im Jahr 1987 mit großen Arbeitskämpfen rund 1060 demokratische Betriebsgewerkschaften (gegen die 1961 gegründeten »gelben«, unternehmerfreundlichen Gewerkschaften) neu etabliert hatten, gründeten sie 1995 die KCTU (Koreanische Konföderation der Gewerkschaften), die nationale Dachorganisation der demokratischen Gewerkschaftsbewegung.

In der KCTU vereinigten sich drei Bereiche – nämlich:

1. Arbeiter in kleineren und mittleren Betrieben der Fabrikationsindustrie,
2. Arbeiter in Großbetrieben und
3. Angestellte und Spezialisten.

Verschiedene Interessenlagen unter den Arbeitern selbst stoßen aufeinander. Die KCTU basiert auf den Betriebsgewerkschaften; in einem 300-Mann-Betrieb kann also z.B. die ganze Gewerkschaft aus nur 200 Beschäftigten bestehen. Deshalb ist es schwer, bei Verhandlungen mit einzelnen Betrieben, Konzernen, eine einheitliche überbetriebliche Front mit solidarischen Aktionen aufzubauen.

In der Dachorganisation gibt es zudem drei Flügel: einen nationalistischen (mit antiimperialistischen Zügen), einen

1) Weser Kurier, 20.07.01

sozialpartnerschaftlichen (von der Friedrich-Ebert-Stiftung aus der BRD unterstützten) und einen linken Flügel. Offizielle Positionen der KCTU müssen schon von daher widersprüchlich sein. Knapp ein Jahr nach ihrer Gründung, am 26. Dezember 1996, rief die KCTU gegen die Verschärfung des Arbeitsgesetzes (oder: Anpassung des Arbeitsgesetzes an die neoliberale Wirklichkeit) zum Generalstreik auf, konnte sich jedoch nicht durchsetzen. Es folgten nun Jahr für Jahr Kämpfe – einschließlich Generalstreik – gegen die neoliberale Offensive ohne sie effektiv zurückdrängen zu können.

Der große Generalstreik 1996 brachte die bis dahin zersplitterte politische Linke, die nach dem Niedergang des Realsozialismus ihre Perspektive verloren hatte, zusammen. Die alten Strömungen unter den Intellektuellen sind zwar immer noch in den Köpfen nicht ganz ausgelöscht, doch besinnt man sich auf die Kraft der südkoreanischen Arbeiterklasse selbst. Dabei ist anzumerken, dass sich erst seit ca. 30 Jahren eine südkoreanische Arbeiterbewegung entwickelt hat. Bis 1980 gehörte Karl Marx zu den verbotenen Autoren. So waren auch die radikalen Gruppen jung und existierten noch nicht lange. Dem Ziel, Marx zu studieren, um eine Antwort auf die schreienden Verhältnisse in Südkorea zu finden, hatten sich südkoreanische Intellektuelle verschrieben.

Der sozialpartnerschaftliche Flügel strebt eine Gliederung nach Industriegewerkschaften wie in der BRD an und möchte damit auch die Politik des DGB durchsetzen. Auch der linke Flügel ist für eine Überwindung der Betriebsgewerkschaften, setzt jedoch darauf, dass Verhandlungen stets mit der Kraft von unten geführt werden. Innerhalb der Gewerkschaften werden mehr demokratische Verfahrensweisen (direkte Wahl, mehr demokratische und offene/transparenente Diskussion und Entscheidung) für notwendig angesehen. Die Marxisten in der KCTU sehen als Ziel, dass die Gewerkschaftsbewegung den »tradeunionism« überwindet und sich zu einer gesamtgesellschaftlich-klassenpolitischen Bewegung weiterentwickelt.

Die Linken sehen auch das Problem der irregulären Arbeitsverhältnisse, so dass sich die KCTU inzwischen für die Abschaffung der irregulären Arbeitsverhältnisse einsetzt.

### **Die neoliberale Offensive**

Der KCTU gegenüber steht die neoliberale Offensive mit klar erkennbaren Zielen der Umstrukturierung der Wirtschaft. Hauptziel ist die Beseitigung aller Hindernisse, die einer freien Kapitalbewegung im Wege stehen, deren Basis eine neue Akkumulationsstrategie auf globaler Ebene bildet. So war die Verschärfung des Arbeitsgesetzes 1997 ein Versuch, die Verallgemeinerung der Flexibilisierungsstrategie auf das ganze Land gesetzlich zu flankieren (freies lay-off system, variable Arbeitszeitregelung ohne Entgelt, Verbreitung irregulärer Arbeit).

Die IWF-Konditionen, die vor allem die Auflösung des Chaebol-Systems<sup>2)</sup> und die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes forderten, haben diese Tendenz verstärkt. Zwar gibt es offiziell die 35-Stunden-Woche. Doch die mit der Arbeitszeitverkürzung gewollte Entwicklung wird ins Gegenteil verkehrt: Die einen arbeiten viel länger, die anderen in prekären Arbeitsverhältnissen viel weniger oder gar nicht.

Der informelle Sektor hat zugenommen. Mehr als die Hälfte der arbeitslos Gewordenen arbeitet jetzt in deregulierten Arbeitsverhältnissen.

Das Krisenmanagement der neoliberalen Politik hat in der koreanischen Gesellschaft starke Erschütterungen verursacht. Millionen Arbeitslose (offiziell bis ca. 1,9 Millionen, das sind ca. 8,5 Prozent, inoffiziell 4 – 6 Millionen im Zeitraum 1998 – 1999), Tausende Obdachlose in Großstädten, eine bis dahin unbekannt hohe Selbstmord- und Scheidungsrate, eine ungeheure Steigerung der Kriminalität sind Folgen der Krise. Insofern kann man die ökonomische Krise als soziales Desaster bezeichnen.

Auf der anderen Seite ist die Umstrukturierung des Chaebol-Systems und des Finanzsektors sehr zögernd und widerstrebend durchgeführt worden und wenn überhaupt, werden Massenentlassungen immer als letztes Mittel angewandt. Nach offiziellen Angaben haben die oberen 20 Prozent der Bevölkerung während der Krise mehr verdient und die unteren 20 Prozent haben am meisten verloren. (Ein Fünftel der Gesellschaft – heute sogar ein Zehntel – ist der Gewinner). Damit wird klar, dass die neoliberale Politik nichts anders ist als ein Mechanismus, wodurch die Lasten der Krise auf die Schultern der Arbeiter abgewälzt werden. So wird die Krise des Kapitals in die Krise der Arbeit umgewandelt wie das Beispiel Daewoo Motors deutlich macht.

### **Arbeitskampf bei Daewoo Motors**

Am 26. August 1999 wurde bei Daewoo Motors »work out« ausgerufen, gleichzeitig übernahm die Regierung die Kontrolle des Konzerns. Der Leiter des Konzerns flüchtete ins Ausland. Am 8. November 2000 erfolgte dann die Bankrotterklärung. In der Zwischenzeit waren die Arbeiter einer massiven politischen Regierungsoffensive ausgesetzt, deren Ziel Massenentlassungen unter dem Begriff Umstrukturierung hieß. Ansatzpunkt bildete vor allem die neu gewählte militante Gewerkschaftsführung des Betriebes, die vor dem Verkauf zerschlagen werden sollte. Mit Erfolg, denn trotz der kompromissbereiten Dialogversuche der Gewerkschaft, die mit ... wurde am 17. Februar 2001 einfach eine Liste mit 1750 Entlassenen ausgestellt. Die Arbeiter protestierten, streikten, verschanzten sich in der Fabrik, wurden dort am 20. Februar 2001 mit Gewalt vertrieben.

In Südkorea ist die Anwendung staatlicher Gewalt nicht neu: Im letzten Jahr wurde sogar der Leiter der KCTU im Kampf der Lotte Hotel Arbeiter von den Polizisten geprügelt. Ende 2000 wurden tausende von Bankarbeitern, die gegen M&A und Personalabbau protestierten und sich verschanzten, auch mit Gewalt vertrieben. Gegen den Kampf der 7000 entlassenen Kommunikationsarbeiter ist die Regierung konsequent mit Gewalt vorgegangen.

Bei Daewoo aber haben die vertriebenen Arbeiter sich organisiert und Gegenoffensive geleistet und weitergekämpft. Die brutalen Polizeiangriffe am 10. April 2001 haben heftige Kritik in den Massenmedien und auch in der regierenden Partei und sogar innerhalb der Polizei verursacht. Im März 2001 hat die KCTU entschieden, mit der Parole »Nieder mit der Regierung« einen politischen Kampf zu führen.

Der Kampf der Daewoo-Arbeiter ist zur Zeit der erbitterteste, aber nicht der einzige: Anfang Juli traten in verschiedenen Großbetrieben rund 80000 Arbeiter für einige Stunden oder auch den ganzen Tag in den Ausstand. Vor allem in der Schwerindustrie und beim Automobilhersteller KIA, der

2) Chaebol-System: Der Führer des Unternehmens hat zwar nur 5 – 10 Prozent der Aktien, herrscht im Unternehmen jedoch wie ein König mit politischer Macht.

zum Ford-Konzern gehört, beteiligten sich die Angestellten, einige Großbetriebe jedoch nur begrenzt. Die Aktionen richteten sich gegen die jüngste Repressionswelle der Regierung und gegen die mit Massenentlassungen verbundene Umstrukturierung der Wirtschaft. Gefordert wurden außerdem eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Verbesserung des Gesundheits- und Unfallschutzes am Arbeitsplatz. Südkorea gehört unter den OECD-Staaten zu den Ländern mit der längsten Jahresarbeitszeit und gleichzeitig den höchsten Unfallraten. In Seoul demonstrierten 10000 Arbeiter am Donnerstag zur Myeongdon-Kathedrale, einem Symbol des Kampfes gegen die Militärdiktatur. Dorthin flüchtete auch KCTU-Präsident Dan Byung-ho zusammen mit anderen führenden Gewerkschaftern, da sie per Haftbefehl gesucht wurden. Die Regierung wirft ihm vor, »illegale« Streiks organisiert zu haben. Mit ähnlichen Vorwürfen sind bereits 137 Gewerkschafter allein seit Beginn des Jahres verhaftet und zum Teil zu Gefängnisstrafen verurteilt worden.

Die Regierung wirft der KCTU vor, für die jüngste Welle der Gewalt bei Arbeitskämpfen verantwortlich zu sein. Allerdings sind die Straßenschlachten der vergangenen Monate zumeist von massiven Polizeiübergriffen auf Betriebsbesetzungen ausgegangen, die mit schwerem Räumgerät und Hubschraubern gebrochen wurden. Die KCTU hat zusätzlich Beweise vorgelegt, dass Unternehmer kriminelle Banden angeheuert haben, die Streikposten mit Schlachtermessern und Gaspistolen überfallen haben.

### **Globale Überproduktion und neoliberaler Sieg**

Im Grunde genommen liegt die Ursache der Krise an der globalen Überakkumulation/Überproduktion (z.B. Automobile, Computer-Chips). Das Krisenpotenzial ist dem Kapital im Allgemeinen immanent. Auch in Korea waren Überakkumulation/Überproduktion besonders in der Autoindustrie beträchtlich. Darüber hinaus trugen die Ineffizienz des Chaebol-Systems und die korrupten politischen Instanzen zu der Krise in Korea bei. Wenn man bedenkt, dass die Monopolisierung des Kapitals verstärkt worden ist, (nach dem sog. Big Deal wurde die Anzahl der koreanischen Autohersteller von vier Unternehmen auf zwei und die der Halbleiterhersteller von drei auf zwei reduziert) und ultrarechte politische Kräfte, die als politische Basis des militärdiktatorischen Regimes fungierten, überlebt haben, kann man wohl feststellen, dass die Ursache der Krise fortbesteht und nur akute Symptome provisorisch behandelt worden sind. Die Widersprüche, die das Resultat der kapitalistischen Entwicklung sind, sind nicht aufgehoben. Man kann wohl prognostizieren, dass die nächste Krise viel tiefer und umfangreicher wird.

Schlussendlich hat sich bislang die neoliberale Politik generell durchgesetzt, während sich die Arbeiterbewegung Südkoreas sich in einem schwierigen Orientierungsprozess befindet. Die Frage nach der Verteidigung des ökonomischen Existenzrechtes und die Frage nach der gesamtgesellschaftlichen Umgestaltung sind getrennt gestellt (job-creating durch Arbeitszeitverkürzung/eine Reform des Chaebol-Systems). In Bezug auf eine Arbeiter-Unternehmer-Regierungs-Kommission hatte die KCTU strategisch und taktisch nicht konsequent gehandelt. Hin und her schwankte sie zwischen dem ineffektiven Generalstreik und dem erfolglosen Dialogversuch.

### **Neuere Herausforderungen für die KCTU**

Auf der parlamentarischen Bühne wurde vom sozialpartnerschaftlichen Flügel der KCTU eine Demokratische Arbeiterpartei (DAP) gegründet. Sie musste wiederholt Wahlniederlagen hinnehmen, z.B. in der Parlamentswahl am 13. 4. 2000. Sogar in Arbeitervierteln, z.B. im Nordteil von Ulsan, wo ca. 90 Prozent der Bewohner Hyundai-Autoarbeiter sind, verlor die DAP. Der Grund dafür ist vor allem die Fehleinschätzung der sozialpartnerschaftlichen Gewerkschafter, dass jeder Kandidat von der DAP einfach siegen könne, wie sie aus vorherigen Umfragen vermuteten. Innerparteiliche Kämpfe, um die Kandidatur entwickelten sich zu einem Skandal. Dazu wird einfach ignoriert, dass es in der KCTU real verschiedene politische Strömungen gibt, die nicht unter die DAP eingeordnet werden können, obwohl die DAP formell ausschließlich die KCTU vertritt. Und schließlich wird die Arbeiterfrage in manchen Fällen verwässert, um mehr Stimmen zu gewinnen.

Es wäre für eine politische Organisation der Arbeiter wünschenswert, dass die verschiedenen Interessen unter den ArbeiterInnen klassenpolitisch zusammengefasst werden, so dass das politische Auftreten nicht nur der parlamentarischen Politik, sondern der Fabrik- und Straßenpolitik gerecht wird.

Die patriarchalischen und autoritären Organisationsformen und Verhaltensweisen auch innerhalb der politischen Opposition werden inzwischen von Frauenkomitees aufgegriffen und mit dem Ziel problematisiert, ein neues Verhältnis zwischen Frauenbewegung und Linken für gemeinsame gesellschaftliche Praxis herzustellen.

### **Zur Kennzeichnung der aktuellen Lage**

Der Versuch einer sozialpartnerschaftlichen Politik ist bisher immer gescheitert. (Kommission für Arbeitsgesetzrevision 1996, Arbeiter-Arbeitgeber-Regierungs-Kommission seit 1998). Man kann wohl sagen, dass von vornherein die materielle Basis für eine massen-integrative Reformpolitik fehlt. Der Staat mit seinem Gewaltmonopol kommt deshalb hinter seiner samtpfötigen Erscheinungsform zum Vorschein. Der Spielraum für partizipatorische Demokratie ist in Korea sehr begrenzt. Hier kann man den Unterschied zum westlichen Sozial- u. Rechtsstaat deutlich erkennen, ebenso zum südafrikanischen Modell, wo COSATU und KP mitregieren. Auch der jüngste Kurs des Präsidenten Kim Dae-jung deutet darauf hin, dass die koreanischen Friedrich-Ebert-Schüler keinen ernsthaften Ansprechpartner für ihre sozialpartnerschaftliche Konzepte haben.

Die neoliberale Offensive hat paradoxerweise bestätigt, dass der Markt alleine nicht imstande ist, die einmal zerstörten gesellschaftlichen Zusammenhänge wiederherzustellen. Der Neoliberalismus hat sich in der Realität als ein idealistisches Credo bestätigt. Das Chaebol-System ist dem kapitalistischen Gesetz unterlegen. Der Mythos, dass »große Unternehmen nicht sterben«, ist vorbei. Konzentration und Zentralisation sind aber vorangetrieben worden. Statt Sanierung erleben wir eine Strategie des »Erstickens und Billig-Verkaufs«. Der Internationale Währungsfond ist dabei Anstifter und Mitträger. ■

# Weniger Lohn – dafür Arbeiten ohne Ende

**Unternehmer, Gewerkschaften und Politiker loben die Einigung über das Tarifmodell bei VW als positives Signal für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Als »wegweisend« bezeichnete Schröder die Einigung, »andere Unternehmen und Gewerkschaften sind nun aufgefordert, dem Beispiel zu folgen«.<sup>1)</sup>**

Bundeskanzler Schröder war selbst noch Ministerpräsident in Niedersachsen, als die 28 Wochenstunden mit gleichzeitiger Lohnsenkung und verstärkte Wochenendarbeit per Tarifvertrag 1993 bei VW eingeführt wurden. Er wird »Schröder, der VW-Mann«, genannt. Dies war ein politisches Vorspiel für den heutigen Vertrag. Die Sozialpartnerschaft hat wieder einmal ein Bravourstück geleistet: Bestehende Tarifverträge werden unterlaufen.

Schröders Drängen auf den Abschluss dieses Projektes gliedert sich ein in das Regierungsziel, den Unternehmen weltweite Konkurrenzfähigkeit zu verschaffen, dafür die Sozialsysteme für den Kapitalmarkt zu privatisieren und einen Niedriglohnsektor zu schaffen; getreu den Unternehmerforderungen »Löhne/Lohnnebenkosten senken, Arbeitszeiten verlängern«.

Gleichzeitig ist es ein Versuch der SPD/Grünen-Regierung, bei der nächsten Bundestagswahl Erfolge hinsichtlich

des Versprechens, die Arbeitslosenzahlen zu senken, vorweisen zu können. Das Land Niedersachsen hat 18,8 Prozent der Aktien an VW. Dies ist eine so genannte Sperrminorität, durch sie kann Einspruch gegen Pläne des Konzerns erhoben werden. Niedersachsens Ministerpräsident Gabriel (SPD) hätte Einspruch gegen die Pläne von VW erheben können. »Arbeit gemessen am Erfolg!«, so heißt die Devise.

Bedeutsam ist die Signalwirkung für die Arbeitgeberverbände. Die Arbeitgeberverbände sind der Auffassung, die Gewerkschaften müssten 2002 zeigen, ob sie solche Flexibilisierungsmöglichkeiten überall in den Branchentarifverträgen akzeptierten. (35-Stunden-Woche ja, aber im Jahresdurchschnitt. Arbeit nach Maß ohne Mehrarbeitsbezahlung.)<sup>2)</sup>

Dieser neue Tarifvertrag für die Auto 5000 GmbH sanktioniert eine Entwicklung, die in anderen Bereichen, wie zum Beispiel in der chemischen Industrie und im Stahlbereich, bereits läuft. Einfallstor dafür waren die Tarifverträge in Ostdeutschland, wo die Gewerkschaft die Standards nicht halten konnte. Jetzt schwappt die Welle der Standardsenkung immer stärker in den Westen. Praktiziert werden sie bereits bei jeder Firmenrettung, in die öffentliche Landesmittel mit einfließen. (ASL, Werften usw.) Der Haustarifvertrag der Auto 5000 GmbH vergrößert damit den Dammbbruch in der Tariflandschaft, den die Unternehmer mit den Abschlüssen in den neuen Bundesländern bereits erreicht haben!

---

## Eckpunkte des Vertragsabschlusses

- Der Tarifvertrag der neu gegründeten »Auto 5000 x 5000 GmbH« hat eine Laufzeit von 3,5 Jahren.
- Bei einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 35 Stunden (7-Std.-Schicht) kann bei Bedarf auf 42 Wochenstunden erhöht werden. Sonnabende sind dann Regelarbeitszeit. Maximal 200 Überstunden werden auf ein Arbeitszeitkonto gutgeschrieben. Diese Konten sollen innerhalb eines Jahres ausgeglichen werden. Es sind maximal 30 Samstagschichten ohne Zuschläge zu erwarten.
- Real steht der Beschäftigte dem Unternehmen im Durchschnitt 38 Wochenstunden zur Verfügung; Drei Stunden pro Woche sollen die Beschäftigten ausgebildet werden. Die Hälfte dieser Zeit wird jedoch nur bezahlt, die andere Hälfte wird als private Fortbildung betrachtet.
- Alle Beschäftigten bekommen unabhängig von ihrer Funktion einheitlich 4500 DM monatlich und einen Mindestbonus von 500 DM. Nach einer Aufstellung der IG Metall erhalten die Beschäftigten ab 1.10.2002 ein halbes Jahr 4 000 DM. Das Entgelt für das nächste Jahr beträgt dann 59 500 DM, im folgende Jahr 64 000 DM, am Schluss 69 000 DM.
- Mit dem Lohn soll nicht die geleistete Arbeitszeit, sondern die Produktion einer festgelegten Zahl von Autos abgegolten werden. So verpflichten sich die Beschäftigten grundsätzlich dazu, bei Nichterreichen der Stückzahl oder bei Qualitätsmängeln nach Schichtende nachzuarbeiten. Demnach gibt es kein festes Schichtende. Nur wenn der Unternehmer die Schuld trägt, muss das »Nachsitzen« auch bezahlt werden. Streitfälle müssen unter Einbeziehung des Betriebsrates innerhalb einer Woche beigelegt werden.

**Bezüglich der Arbeitszeit hat die IG Metall damit die Erfolge der letzten 40 Jahre bei VW zunichte gemacht.** ■

---

## Kritikpunkte zu diesem Abschluss

Die IGM nimmt für sich in Anspruch, den Abschluss im Rahmen des Flächentarifvertrages gehalten zu haben, die Standards nicht weiter gesenkt zu haben. Doch bei genauerem Hinsehen ergibt sich ein anderes Bild:

- Die Entlohnung bezieht sich auf das Arbeitsergebnis. Programmlohn hat es im Flächentarifvertrag nicht gegeben. Die IG Metall stimmt einer Veränderung der Risikoverteilung zu. Lag bisher das Risiko für Fehler allein beim Unternehmer, so ist das jetzt nicht mehr der Fall. Der Unternehmer verlangt ein fehlerfreies Ergebnis. Ursachen für fehlerhafte Produktion liegen jedoch schon im Ausbeutungsverhältnis: Der Unternehmer setzt die Beschäftigten unter Stress, z.B. durch die Höhe des abgeforderten Ergebnisses. Dazu kommt die persönliche Betroffenheit: Hat die tägliche Arbeitszeit kein festes Ende, so ist die Freizeit und die Zeit mit der Familie weniger planbar.
- Gegenüber dem Flächentarifvertrag hat die IG Metall einer anderen Arbeitszeitverteilung zugestimmt. Bis zu 42 Wochenstunden sind zuschlagsfrei. 30 Samstage sind als Regelarbeit zuschlagsfrei. Die IG Metall schenkt dem Unternehmen ungeheure Gewinnmöglichkeiten zu, indem die Arbeitszeit der Kollegen konjunkturabhängig wird: Was die Beschäftigten leisten müssen und in welcher Zeit, bestimmt die Auftragslage. Der Unternehmer produziert nicht mehr auf Halde.
- Zwar gab es bisher keinen Anspruch auf Qualifizierung, aber betriebsspezifische Qualifizierung ist bisher vom Unter-

1) »VW-Modell 5000 x 5000: Arbeiten ohne Ende?« Tom Adler, Stuttgart

2) Deutsche Arbeitgeberverbände, Reinhard Göhner

---

---

## Unternehmermeinungen

**Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA):** Beachtlich sei, dass neue Arbeitsplätze, die sonst nicht in Deutschland geschaffen worden wären, unterhalb der bei VW üblichen Bedingungen entstehen könnten. Mit Folgen für anstehende Lohnrunden sei zu rechnen.

Rogowski, **Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI):** »Wir brauchen in Deutschland mehr betriebsnahe Lösungen und weniger starre Regelungen durch den Flächentarifvertrag.«

Die Unternehmer fordern weitere Öffnungsklauseln. Die Gewerkschaften müssten 2002 zeigen, ob sie solche Flexibilisierungsmöglichkeiten überall in den Branchentarifverträgen akzeptierten. Kannegießer, **Gesamtmittel:** »Die Erfolgsorientierung bei der Entlohnung, die höhere Flexibilität der Arbeitszeit und neue Organisationsformen seien Punkte, die auch von anderen Firmen der Metallindustrie übernommen werden könnten.« ■

---

---

nehmer bezahlt worden. Die IG Metall stimmt in der Vereinbarung zu, dass die Kollegen die Hälfte selber bezahlen.

● Der Abschluss beinhaltet die Fertigung nach einem neuen Konzept. Es wird billiger als an anderen Standorten produziert. Damit ist die Organisation der Minivan-Produktion Vorreiter für andere Standorte. Wird diese Organisation an anderen Standorten übernommen, so ist eine Lohnsenkung vorprogrammiert.

● Welcher bisherige Tarifvertrag hatte die lange Laufzeit von 3,5 Jahren?

● Gibt die IGM nicht mit der Hinnahme befristeter Arbeitsverhältnisse den Kampf gegen die prekären Arbeitsverhältnisse insgesamt auf?

● Wendet sich das Gutschreiben von maximal 200 Überstunden nicht letztlich gegen die Kollegen? Denn Überstunden sind Arbeitszeitverlängerung statt -verkürzung!

### Die Pläne von VW

VW versucht sich mit neuen Arbeitsmodellen auf die zunehmend schärfere Konkurrenz in der Automobilbranche vorzubereiten. Ziel ist eine massive Kostensenkung bei der eigenen Tätigkeit wie auch bei Zulieferern und damit eine deutlich höhere Produktivität. In Wolfsburg soll ab Herbst 2002 der Minivan in einer eigenen Gesellschaft mit 3500 Beschäftigten produziert werden. In Hannover soll später einmal mit 1500 Beschäftigten ein Kleinbus produziert werden. Die Arbeiter sollen dabei die einzelnen Schritte sowie die Zeiteinteilung der Produktion im hohem Maße selbst organisieren.<sup>3)</sup> Ziel des Projektes ist es, mit Arbeitslosen am Standort Wolfsburg ein neues Produkt/Auto (A-MLPV) zu wettbewerbsfähigen Bedingungen zu fertigen und zu vertreiben. »Kooperationskultur«, so Peter Hartz, Personalchef von VW, wird in seinem Konzern großgeschrieben. Voraussetzung für diesen kooperativen Plan ist »die Einführung eines weiterentwickelten Geschäftsprozesses auf der Basis eines neuen Arbeitsmodells mit Programmengelt.«<sup>4)</sup>

Die Fertigungstiefe bei VW ist gegenüber anderen Automobilfabriken größer. Dies soll sich nun mit der »horizontalen

len Fertigung« bzw. »Modularproduktion« deutlich ändern. Die Auto 5000 GmbH wäre demnach weitgehend nur noch Endmontageort.

Die neuen Organisationsformen werden auch zu dauernder Konkurrenz zwischen den Konzern-Standorten führen. VW spart bei den Löhnen nach eigenen Angaben mehr als 20 Prozent im Vergleich zum VW-Haustarif. Es wird eine Abwärtsspirale für die VW-Standorte mit Haustarifvertrag und für die ganze Branche erwartet. VW spricht von einem »Programmengelt« bei völlig neuen Regelungen für Arbeitszeit, Organisation und Bezahlung. Das Projekt soll auch Modell für die Tarifrunde 2002 werden. Bereits jetzt schon erfolgen bei VW in Wolfsburg Neueinstellungen meistens nur noch über eine Fremdfirma (WOB). Der Kreis der Automobilarbeiter, die über einen Haustarifvertrag verfügen, wird also immer kleiner.

### Nicht nur Lohnsenkung – auch Zuschüsse vom Bund

Neu ist, dass per Tarifvertrag das Arbeitsamt eingebunden wird. Ungeniert bedient sich VW mit diesem Vertrag der Mitteln des Arbeitsamtes. Die Zuschüsse reichen von 30 Prozent des Lohnes für sechs Monate als Regelförderung bei der Einarbeitung, bis zu 50 Prozent des Lohnes über zwei Jahre, wenn es sich um Arbeitslose über 50 Jahre handelt. Würde der Mindestsatz an alle 3500 Einstellenden gezahlt, erhielte VW in sechs Monaten rund 25 Mio. DM. Im Rahmen der Beschäftigungshilfe kann der Arbeitgeber einen Zuschuss von bis zu 70 Prozent über sechs Monate erhalten, wenn der neue Mitarbeiter zuvor drei Jahre arbeitslos war. Für weitere sechs Monate läge der Zuschuss bei 60 Prozent. Andere Fördermittel des Bundes erhält VW nach Angaben der Projektleitung nicht.<sup>5)</sup>

Laut Vertrag sollen die neuen Beschäftigten die allgemeine Industrietauglichkeit erhalten. In der Praxis bedeutet dies für das Wolfsburger Arbeitsamt, dass weit mehr als die von VW benötigte Zahl von Beschäftigten rekrutiert werden müssen, um das Ziel der Tauglichkeit zu erreichen. Allein die Ankündigung 5000 DM hat einen Ansturm von Bewerbern ausgelöst. Das Arbeitsamt führt die Auswahltests durch und die Vermittlung.

### VW-Betriebsräte und IG Metall

Die Betriebsräte der VW-Werke waren bereit, auch ohne die IG Metall weiter zu verhandeln und mit dem Unternehmer einig zu werden. Sie wollten – notfalls allein – das Modell 5000 x 5000 durchsetzen, ohne die Gewerkschaften. IG Metall-Chef Klaus Zwickel legte öffentlich sein Veto dagegen ein. Die Auseinandersetzung spitzte sich zwischen IG Metall und dem Betriebsrat in Wolfsburg zu.

Medien und Politiker wurden zum Anwalt von zehntausend Arbeitslosen. Sie schimpften im Einklang mit VW-Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Klaus Volkert über das Veto von Klaus Zwickel. Unmittelbar nach dem Scheitern der Verhandlungen signalisierten der Gesamtbetriebsrat und die VW-Personaldirektion, dass diese »Bewährungsprobe der besonderen Mitbestimmung bei Volkswagen« gegebenenfalls aus eigener Kraft zu bestehen sei.<sup>6)</sup> Nun war die Gewerkschaft endgültig in der Klemme, es gab nur noch die Wahl zwischen einem Bruch mit den VW-Betriebsräten oder eine Einigung um jeden Preis.

3) Hannover, 18.06.01 Kritik an der VW-Formel (Internetseite)

4) Zeitung f. soz. Betriebs- und Gewerkschaftspolitik, Ausgabe 5/2000.

5) Financial Times Deutschland 29.08.01

6) »VW-Modell 5000 x 5000: Arbeit ohne Ende?« Tom Adler, Stuttgart

Das Lohnniveau im Haustarifvertrag für die Auto 5000 GmbH liegt unter dem Lohnniveau des VW-Haustarifvertrages. Jetzt gibt es eine tarifvertraglich festgelegte Absenkung und »Mehrklassenbezahlung« in einem Konzern. VW ist damit ein weiteres Beispiel für weitere Lohnabschlüsse auf niedrigerer Basis. Das Unverständnis mancher Mitglieder zeigt die Diskussion auf der IG Metall-Homepage: »*Mit welchem Recht unterläuft Ihr in der Automobilindustrie Regeln, die die übrigen Mitglieder, ja alle Mitglieder aller Gewerkschaften und letztlich auch Euch selbst so schädigen, dass jede Neueinstellung, die man ja will, die Regeln für die Übrigen dadurch gefährdet, dass die Konditionen schlechter werden!*« (Unbekannt, Diskussionsforum der IG Metall).

Kritik gab es auch von Betriebsräten der anderen Autowerke, zum Beispiel aus dem Münchener Werk von BMW: BMW will in Leipzig ein neues Werk bauen. Es wird befürchtet, das der VW-Abschluss Einfluss auf die Verhandlungen für die Arbeitsbedingungen haben könnte.

Der Betriebsrat Helmut Lense vom Stammwerk Untertürkheim bei Daimler Chrysler befürchtet, das Lösungen außerhalb des allgemeinen Flächentarifvertrages früher oder später in anderen Werken zur Diskussion stehen könnten. Schon im Juni dieses Jahres hatte sich der IGM-Arbeitskreis Automobile, in dem die BR-Vorsitzenden der Automobilkonzerne sitzen, gegen die damalige Form des Tarifmodells ausgesprochen, nur der VW-Vertreter hatte dafür gestimmt.

### **Der Abschluss und die Belegschaft**

VW hat in den zurückliegenden Jahren fast regelmäßig versucht, einen kapitalorientierten Forderungskatalog in die Tarifrunden einzubringen. Waren die Gewerkschaften anfangs noch verwundert, dass bei Tarifrunden nicht mehr sie die Fordernden sind, so sind mittlerweile nach Jahren des Lohn- und Sozialabbaus solche Forderungskataloge Gewohnheit geworden. Die Gewerkschaften haben sich schon lange von der fordernden Tarifpolitik verabschiedet. Umverteilen bzw. »fairteilen« findet nur noch auf Seminardiskussionen und in Kampagnen statt.

Zumindest partiell konnte VW mit seinen Forderungskatalogen Erfolge verbuchen, was Prämienzahlungen, Urlaubsbezahlungen, Arbeitszeitflexibilisierungen und vieles aus dem Manteltarifvertrag betraf. Der große Durchbruch ist indes so noch nicht gelungen. Selbst die für Schlagzeilen sorgende Arbeitszeitverkürzung um 20 Prozent ohne jeglichen Lohnausgleich hatte für die Beschäftigten zwar schwerwiegende Folgen, aber der Haustarifvertrag, wenn auch nur noch in Schattierungen, stand immer noch. Die Co-Manager in den gewerkschaftlichen Tarifkommissionen gerieten in den Verhandlungen – unterschiedlich in den einzelnen VW-Werken – gelegentlich doch unter den Druck der gewerkschaftlichen Vertrauensleute, die eben noch nicht jede Form des Abbaus mitmachten.

Die jetzt abgeschlossenen Tarifverhandlungen betreffen eine Belegschaft, die noch gar nicht vorhanden ist, für die aber nicht nur Löhne ausgehandelt wurden, sondern eigentlich alles, was in einem Manteltarifvertrag stehen sollte. Darüber hinaus gibt es einen zuständigen Betriebsrat, den des VW-Werks Wolfsburg, der für beide Betriebe zuständig sein wird. Da die Betriebsratswahlen im Frühjahr 2002 stattfinden, die ersten Beschäftigten der Auto 5000 GmbH aber erst im Oktober 2002 eingestellt werden, haben beide Seiten sich vor möglichen Überraschungen abgesichert. Die

Interessenvertretung der Belegschaft kann jedenfalls die ersten Neueingestellten mit den Worten »*Ich bin schon da*« begrüßen, und die kostenaufwendige Wahlprozedur kann auch entfallen.

Darüber hinaus ist die Mitbestimmungsfrage auch schon gelöst, ein paritätischer Aufsichtsrat, bei dem im Zweifelsfall der Vorsitzende die entscheidende Stimme hat, wird ohne Probleme zugestanden, man hat ja schließlich auch Erfahrungen miteinander. Der Betriebsrat des Werks Wolfsburg und die IG Metall benennen jeweils ihre Vertreter für dieses Gremium, geld- und zeitaufwendige Wahlen bleiben ebenfalls erspart, möglicherweise eine Konsequenz aus den Wahlfarce der vergangenen Jahre.

Die VW-Beschäftigten selbst wurden zwar über den Stand der Verhandlungen und über das Ergebnis durch ihre gewerkschaftlichen Vertrauensleute informiert, die Betroffenheit war eher gering. Konnte anfangs noch mit dem Argument, es steht noch nichts fest (»*auf keinen Fall ein Abschluss unter dem Flächentarif Niedersachsen*«), die notwendige Diskussion in der Belegschaft und im Vertrauenskörper kleingehalten werden, so wollte nach dem anfänglichen Scheitern und der daran anschließenden Arbeitsplatzdebatte kaum einer der Funktionäre noch etwas Negatives in dem Ergebnis sehen.

Diejenigen, die den Bezirksleiter und einige Kritiker in der IGM unter Druck gesetzt hatten, wollten als Väter dieses Abschlusses gefeiert werden. Vorneweg natürlich der Bundeskanzler, dazu auch der niedersächsische Ministerpräsident – sie wollten die Niederlage für die Beschäftigten als ihren Erfolg verbuchen. Schließlich hatte man Arbeitsplätze geschaffen, deren Detailfolgen ohnehin keinen Politiker mehr interessieren.

Dass es nicht nur die Bezahlung ist, die nicht nur weit unter der von VW, sondern auch unter dem Flächenniveau liegt, kommt erst bei genauerer Betrachtung heraus. Die vielen kleinen Sozialleistungen aus dem Mantelvertrag sind nirgendwo aufgeführt im Regelwerk, nur dass Arbeitsversäumnisse analog dem Manteltarifvertrag behandelt werden, Lohnfortzahlungen im nicht selbst verschuldeten Krankheitsfall erfolgen maximal bis zur Dauer von sechs Wochen.

Nur wenige Beschäftigte bei VW sehen unmittelbare Konsequenzen für die nächsten Tarifrunden – und das nicht nur in der eigenen Branche. Langfristige Folgen werden in Diskussionen zwar eingeräumt, aber erst einmal steht man doch noch besser da als die Beschäftigten von 5000 x 5000, und alle fühlen sich sozial noch sehr abgesichert, und der Besitzstand kann nicht so ohne weiteres radikal zusammengestrichen werden. So äußert sich das noch bestehende Vertrauen in die Sozialpartnerschaft.

### **Die Rolle der Gewerkschaften**

VW soll auf alle VW-Niederlassungen in anderen Ländern als Signal wirken. Arbeitgeber, Gewerkschaften und Politiker haben die Einigung über das Tarifmodell 5000 x 5000 bei VW als positives Signal für den Wirtschaftsstandort Deutschland gelobt. Es werde immer gesagt, dass in der EU keine Reformen möglich sind. Sie würden an den starren Flächentarifverträgen der Gewerkschaften in Deutschland scheitern. Dies scheint nun der Vergangenheit anzugehören. Obwohl es in vielen Tarifverträgen bereits Öffnungsklauseln gibt, ist durch die Festschreibung des Programmgeltes auch dieser

Damm von der eigenen Seite ohne jede Gegenwehr niedergerissen worden.<sup>7)</sup>

Nach dem Abschluss sieht die Gewerkschaft in diesem völlig neuen Modell einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Zwickel: Der VW-Abschluss ist ein Erfolg für die IG Metall.<sup>8)</sup> Im Rahmen des »Bündnis für Arbeit« will sie weiter als Verhandlungspartner mit am Tisch sitzen. Schröder nach dem Scheitern der ersten Verhandlungsrunde: Ich gehe davon aus, dass die Herrschaften sich schnell einig werden. Wenn die IG Metall nicht mitmacht, nehmen wir keine Rücksicht auf die Gewerkschaft.

Es wurde von einer »Zerreißprobe« innerhalb des Apparates der IG Metall gesprochen. Aber die Kritiker verstummten doch sehr bald. Aufmerksamen Gewerkschaftern fiel auf, dass die Kritik an Zwickels Verhalten im Aufsichtsrat von Mannesmann sofort verstummt war, als er mit großen Zugeständnissen dem Abschluss bei VW zugestimmt hatte.

7) Der IG Metall-Bezirksleiter in NRW, Peter Gasse, kritisierte indessen die Vereinbarung, dass die Beschäftigten in dem VW-Projekt unentgeltlich nacharbeiten sollen, falls festgelegte Produktionsziele verfehlt werden. »In mittelständischen Betrieben, wie sie in NRW vorherrschen, würde damit das unternehmerische Risiko auf die Arbeitnehmer verlagert werden«, zitiert das die »Rheinische Post« den Gewerkschafter. In Großbetrieben wie bei VW hätten die Beschäftigten dagegen größeren Einfluss auf die Arbeitsorganisation.

8) Presseerklärung der IG-Metall, Nr. 099/2001 vom 28. August 2001

## ■ SIEGEN

# Ein Beispiel politischer Repression auf dem Hintergrund der NATO-Kriegsvorbereitungen

## Die Rede des Kollegen Bernhard Nolz und ihre persönlichen und politischen Folgen

Am 18.9.2001 fand in Siegen ein »Trauermarsch« Siegener SchülerInnen unter der Losung »Gegen Terror, Gewalt und Krieg« statt. Mehrere SchülerInnenvertretungen hatten aus Anlass der Anschläge in New York und Washington hierzu aufgerufen. Die Schulleiter hatten alle SchülerInnen ab der achten Klasse vom Unterricht befreit. An dem Trauermarsch nahmen ca. 3000 SchülerInnen teil.

Auf der Abschlusskundgebung wurden mehrere kurze Wortbeiträge mit Trauerbekundungen von SchülerInnen gehalten. Die SchülerInnenvertreter hatten den Lehrer Bernhard Nolz der Bertha-von-Suttner-Gesamtschule gebeten, die Abschlussrede zu halten. Kollege Bernhard Nolz ist zudem Geschäftsführer des »Zentrums für Friedenskultur in Siegen«. Seine Rede war deutlich politisch akzentuiert mit u.a. der Verurteilung des Terroranschlags, mit Kritik an der Weltpolitik der USA und dem Aufruf, den Kriegsdienst zu verweigern. Die Abschlussrede wurde von den noch anwesenden SchülerInnen durchweg mit Beifall quittiert.

Bereits am darauffolgenden Tag denunzierte die konservative lokale »Siegener Zeitung« die Rede als herbe Kritik an den USA. Ab dem 20.9.2001 wurden die Angriffe auf Bernhard Nolz täglich verschärft, sogar die Bildzeitung feuerte eine Breitseite auf ihn ab.

Lokale CDU-Politiker, namentlich der Bundestagsabgeordnete Paul Breuer, traten als Scharfmacher in der Hetzkampagne hervor. Es wurde von Missbrauch der TeilnehmerInnen an den Abschlusskundgebung und gar von strafbaren

In den VW-Betrieben hat es keine Bewegung zur Abwehr dieses Tarifvertrages gegeben. Die VW-Kollegen sehen sich nicht unmittelbar betroffen. Der Abwärtsspirale und der stärker werdenden Konkurrenz unter den Belegschaften der einzelnen Betriebe sind sich die Kollegen entweder nicht bewusst oder stehen ihr hilflos gegenüber. Ihre Gewerkschaft mobilisiert sie nicht gegen Schröder, gegen den Sozialabbau und gegen die BR -Fürsten.

Durch diesen Abschluss werden kommende Auseinandersetzungen und Tarifrunden geschwächt. Es wird nicht einmal mehr versucht, die bescheidenen Kräfte im Land und schon gar nicht international zusammenzubringen.

Für die Kollegen in der IG Metall muss klar werden: Verhandeln nur die Betriebsratsfürsten mit dem Unternehmer, so können die Angriffe des Kapitals auf die erreichten sozialen Standards nicht abgewehrt werden können. Die Konsequenzen und Folgen aus den Forderungen der Unternehmer müssen allen Mitgliedern verdeutlicht werden; denn letztlich sind sie alle betroffen. Ohne eine Mobilisierung der Basis werden Konzernbetriebsräte auch weiter an den Klasseninteressen der Gewerkschaftsmitglieder vorbei handeln.

Die sozialpartnerschaftliche Tarifpolitik der IGM ist der arbeitenden Bevölkerung keine große Hilfe mehr: Eingebunden in Politik des »Bündnis für Arbeit« der Regierung und der Unternehmer hat sie dem Abbau der sozialen Standards nichts mehr entgegenzusetzen. ■

Handlungen (Billigung von Straftaten nach §140 StGB) durch den Redner gesprochen. Schließlich wurden die Staatsanwaltschaft Siegen und der Staatsschutz Hagen in die Ermittlungen eingeschaltet, und Bernhard Nolz wurde von der Bezirksregierung Arnsberg vorläufig vom Schuldienst suspendiert.

Mit zunehmender Dauer und Schärfe der Auseinandersetzungen um die Abschlussrede und den Redner wurden verschiedene Bereiche getroffen und unterschiedliche Absichten deutlich.

Auf der schulischen und beruflichen Ebene sind die Folgen für Bernhard Nolz besonders heftig und einschneidend. An der Gesamtschule ist er als »Friedenspädagoge« bekannt und bei seinen KollegInnen und SchülerInnen mit seinem Programm zur friedlichen Konfliktbewältigung gefragt. Als solcher wurde er auch für die Abschlussrede von den Schülervertretern angefragt.

Die Aufregung auch vieler Schülervertretungen über die Abschlussrede kann wohl zum einen durch andere Erwartungen bzw. Kenntnis der Rede erklärt werden und zum anderen durch die Scharfmacherei von einigen Lehrern, Presse und Lokalpolitikern.

Sicherlich wurde sofort Disziplinierungsdruck von Lehrern, Schulleitungen konservativerer Schulen gegenüber dem Leiter Walter Karbach der eher als offen angesehenen Gesamtschule ausgeübt; aber dass dieser am zweiten Tag nach der Kundgebung bereits dienstrechtliche Konsequenzen ankündigt, ist doch eher Angst vor öffentlicher Meinung und vorausseilendem Gehorsam geschuldet.

Verstärkt wurde der Druck auf den Leiter der Bertha von Suttner Gesamtschule durch den Leiter der konkurrierenden Gesamtschule Eiserfeld Joachim Pfeifer, der sich wohl damit zu profilieren glaubte (Auseinandersetzung um eine Förderprogramm der Bertelsmann-Stiftung).

Solidarität hat Bernhard Nolz von einzelnen KollegInnen erhalten; weder Lehrerkollegien noch die örtliche GEW stellen sich hinter ihn, obwohl mittlerweile in Leserbriefen und Diskussionen differenziert wird zwischen den politischen Inhalten der Rede und den arbeitsrechtlichen Folgen, nämlich dem faktischen Berufsverbot, was die meisten Kritiker angeblich nicht verfolgen.

Die Schülervertretung der Bertha-von-Suttner-Gesamtschule hatte den Trauermarsch initiiert. An den darauffolgenden Tagen wurde diese von den Ereignissen (Protestfaxe in der Schule) überrollt. Schließlich gab diese eine Presseerklärung ab, in der B.Nolz Missachtung von Absprachen und Missbrauch der Trauerveranstaltung für seine politische Anschauung vorgeworfen wurden. In der Folgezeit fand sich aus den SchülerInnenreihen keine Kraft, die den Druck aus der konservativen Ecke hätte was entgegenzusetzen können. Lediglich einzelne SchülerInnen und einzelne SchülerInnenvertretungen zeigten B.Nolz ihre Solidarität und brachten dies in einer Radiosendung zum Ausdruck.

Nachdem die Bezirksregierung am 20.10.2001 als personalführende Behörde entscheiden wollte, ob weitere disziplinarische Schritte gegen den Kollegen Nolz verfolgt werden, hat die Bezirksregierung die vorläufige Suspendierung vom Dienst auf unbestimmte Zeit verlängert.

Zwar hatten die polizeilichen Vorermittlungen keine »strafrechtlich relevanten Aussagen« zu Tage gefördert, die Staatsanwaltschaft prüft jedoch weiterhin die Sachlage; aber es kann davon ausgegangen werden, dass von der strafrechtlichen Seite kein Verfahren zu Stande kommt. Wesentlich hier ist, dass der Ruf des Kollegen Nolz durch das Vorgehen schwer beschädigt und er in eine terroristische Ecke gedrängt wird, so dass die weitere Ausübung seines Berufes geradezu zunichte gemacht wird.

Der Vorstand der örtlichen GEW als primäre Interessenvertretung hat sich erst am 10.10.2001 zu den Vorgängen allerdings nicht in der Öffentlichkeit – geäußert. Diese zögerliche Haltung begründet sich in Differenzen über die Zusammenstellung und Gewichtung der Bausteine in der Rede von Bernhard Nolz und kann Angst ausdrücken auch in die terroristische Ecke gedrängt zu werden. So fordert der örtliche GEW-Vorstand keine Disziplinarmaßnahmen gegen Bernhard Nolz; keine Diffamierung von Bernhard Nolz und das Zentrum für Friedenskultur als Einrichtung zu akzeptieren.

Von anderen offiziellen Gewerkschaftsteilen sind gleichfalls keine Solidaritätsbekundungen bekannt geworden. Lediglich ein kleiner Kreis linker Gewerkschafter hat dem Kollegen Nolz eine Solidaritätsbekundung mit Unterschriftenliste zukommen lassen.

Es ist eine Sache, wenn Gewerkschaften und deren Führungen halbherzig Antikriegspositionen beziehen und

zu einer Kundgebung aufrufen, messen kann man den Wert dieser Haltung an der Aktivierung und Verhalten der einzelnen Mitglieder vor Ort.

Als weitere Ebene muss die politische Aktivität des Kollegen Nolz in der Anti-Kriegsbewegung Siegens beleuchtet werden. B.Nolz ist nicht nur Lehrer im friedenspädagogischen Bereich, sondern seit Jahren in der Friedensbewegung aktiv und seit 1999 mit Gründung des (Siegener) Zentrums für Friedenskultur (ZfK) dessen Geschäftsführer. Bereits seit Ende der Siebziger/Anfang der Achtziger geriet Nolz in das Mahlwerk polizeilicher Ermittlungen, als im Zug der RAF-Hysterie jegliche linke Aktivität beäugt und verfolgt wurde.

Jedes Jahr im Dezember wird von Aktiven der Siegener Anti-Kriegsbewegung eine Demonstration und eine Kundgebung aus Anlass des vernichtenden Bombenangriffs im Dezember 1944 auf Siegen organisiert. Dies stieß jedes Jahr auf große Resonanz in der Siegener Bevölkerung trotz Boykott und gar heftiger Anfeindungen durch die konservativen und offiziellen Siegener Politikvertreter. Das ZfK ging nicht unwesentlich aus diesem Zusammenhang hervor und nimmt in der weiteren Organisation dieser jährlichen Veranstaltung eine wichtige Rolle ein.

In erster Linie ist das ZfK eine Bildungseinrichtung, die eigene Bildungsangebote macht oder Referenten, Räumlichkeiten und Materialien anbietet. Ein Diesterweg-Archiv ist in Planung. Aber das ZfK und sein Umfeld ist ansonsten noch sehr aktiv: daneben finden regelmäßige Treffen von Friedensengagierten im Zentrum statt, es werden Veranstaltungen zu Krieg und Frieden durchgeführt, und die Räumlichkeiten samt Archiv und technischen Möglichkeiten (u.a. mehrere Computer mit Internetzugang) werden interessierten Personen und Organisationen zur Verfügung gestellt.

Im Wesentlichen wird das ZfK durch das Engagement seiner Mitglieder getragen. Eine starke finanzielle Stützung erfährt das ZfK durch das Land NRW. Die Stadt Siegen hat jeweils Kleckerbeträge für konkrete Projekte zur Verfügung gestellt (im Jahr 2000 insgesamt 2920 DM, z.B. für »Interkulturelle Entwicklungsarbeit mit Internet-Unterstützung«, in diesem Jahr insgesamt 6500 DM u.a. für Agenda-Projekte im Zentrum).

Trotzdem sind diese Beträge für das ZfK wichtig, weil damit die Bedeutung des Zentrums im lokalen politischen Raum dokumentiert und eine verlässlichere finanzielle Basis in der Zukunft erhofft wird.

Es wird nun von Paul Breuer (MdB) und anderen Konservativen nicht nur lauthals danach gerufen, dem Zentrum den Geldhahn zuzudrehen, sondern es wird auch dazu aufgefordert, die Zusammenarbeit von städtischen Stellen und anderen Organisationen/Einrichtungen (wie z.B. Eine-Welt-Forum, Agenda-21-Gruppen, Gleichstellungsstelle und Seniorenbeauftragte der Stadt Siegen) einzustellen. Hier blamiert sich die CDU (die die Mehrheit im Rat stellt) geradezu, wird doch damit die gute Arbeit des ZfK bescheinigt, und gleichzeitig wird alles daran gesetzt, das Zentrum finanziell auszutrocknen. Eine bereits zugesagte Veranstaltung (Internet für MigrantInnen) wurde durch die Stadt Siegen kurzer Hand abgesagt. Solange die politische Wirkung des ZfK eher im Hintergrund blieb, konnte man sich sogar liberales Verhalten bescheinigen.

Nun ist all dies aufgekündigt. Die Konservativen Kräfte sehen die Möglichkeit, auf der Trauerwelle nicht nur die Solidarität mit den USA und deren Weltordnungszielen fest-

**Die Adresse für Solidaritätsbekundungen lautet:  
Zentrum für Friedenskultur (ZfK),  
Alte Poststraße 12–16 · 57072 Siegen  
e-mail: info@zfk-siegen.de · Fax: 0271–238474**

zuklopfen, sondern auch gleichzeitig eine aktive Heimatfront aufzubauen, die jegliches kritische Verhalten dazu (vor allem wenn es organisiert auftritt) den Garaus macht. Dass die Folgen hieraus nicht auf einzelne Personen beschränkt bleiben werden, kann ersehen werden an einer geplanten Ausstellung im Rathausfoyer: Die »Arbeitsgemeinschaft Siegerländer Friedensbewegung« hat vor Kurzem (vor dem 18.9.2001) die Räumlichkeiten beantragt, Thema der Ausstellung: »Gegen den Strom-Bilder und Dokumente zum zivilen Widerstand gegen das NS-Regime«. Die CDU versuchte dies mit aller Macht zu hintertreiben und verwies auf den Namen B.Nolz, obwohl dieser die Zurverfügungstellung des Räumlichkeiten gar nicht beantragt hatte. Die zwischenzeitlich ergangene Genehmigung wurde zurückgezogen.

## ■ BUCHBESPRECHUNG

### Zum NATO-Krieg gegen Jugoslawien Die glorreichen Sieger

Vor dem Hintergrund sich verschärfender militärischer Konflikte in Mazedonien und im Nahen Osten sind die Fragestellungen und Schlussfolgerungen, die der Autor aus dem Angriffskrieg gegen Jugoslawien zieht, hochaktuell. Wir haben in dieser Buchbesprechung längst nicht alle Kapitel berücksichtigt, das heißt nicht, dass sie weniger lesenswert wären. Wer z.B. noch einmal zusammenfassend nachlesen möchte, mit wie viel propagandistischem Aufwand manipuliert, gefälscht, gelogen wurde, wird in diesem Buch bestens »bedient«, besonders die deutsche Beteiligung an der Vorbereitung des Krieges wird gründlich herausgearbeitet. Uns aber haben besonders die Widersprüche interessiert, die dieser Krieg hervorgebracht hat, denn diese Widersprüche werden nicht ohne Auswirkungen auf die innenpolitische Situation in Deutschland bleiben.

Auch unter Linken ist nach der Abwahl der mehrheitlich sozialistischen Regierung und dem Wahlsieg des Parteienbündnisses DOS am 5. Oktober 2000 und nach dem »Verkauf« Milosovics an das Haager Kriegsgericht die These weit verbreitet, nunmehr habe Serbien kapituliert, die letzte Bastion in Europa, die sich noch dem Diktat von Weltbank und IWF widersetzt habe, sei gebrochen und die Kriegsziele der NATO endgültig durchgesetzt.

Das erste Kapitel seines Buches, in dem R. Hartmann »die Variationen eines Sieges« darstellt, scheint dieser pessimistischen Einschätzung vordergründig Recht zu geben. Ralph Hartmann gibt zahlreiche Beispiele aus der internationalen Presse, die deutlich machen, wie grenzenlos der Jubel über diesen angeblichen »Volksaufstand« war. Z.B. die Stellungnahme des »International Guardian«: »Die Ära des Kommunismus in Europa ist endgültig unter dem Jubel einer echten Volksrevolution zu Ende gegangen. Solche Momente, gefüllt mit Hoffnung sowie dem Triumph von Gerechtigkeit und Demokratie, sind in der Geschichte selten. Sie sollten elf Jahre nach der historischen Wende in Deutschland, Tschechien und Rumänien ausgekostet werden.« (International Guardian, 6.10. 2000, zitiert nach R. Hartmann, ebd. S.18)

R. Hartmann stellt angesichts der fast übereinstimmenden Bewertung von bürgerlicher Presse, den Staats- und

Die SPD schweigt zu den Vorgängen. Die aktive Kriegspolitik der Bundesregierung schlägt bis in die örtlichen Gliederungen durch und paralyisiert diese selbst in Fragen der Wahrnehmung grundlegender bürgerlicher Rechte. Lediglich die Grünen verteidigen Nolz und das ZfK im parteipolitischen Raum.

Die Hetzkampagne hat dazu geführt, dass auch in der Linken Szene die Diskussionen lebhafter geworden sind. B.Nolz hat vielfältige Solidarität erfahren, die Veranstaltungen des ZfK sind besser besucht als zuvor, mehr Aktive haben sich um das ZfK versammelt, und mittlerweile wird eine Unterschriftensammlung »gegen die Kriminalisierungskampagne der CDU-Siegen« durchgeführt. Siegen, 9.10.2001 ■



Ralph Hartmann  
**Die glorreichen Sieger**  
Dietz Verlag, Berlin 2001  
ISBN 3-320-02003-X

Ralph Hartmann war langjähriger Botschafter der DDR in Jugoslawien. 1999 erschien im selben Verlag sein Buch »Die ehrlichen Makler, die deutsche Außenpolitik und der Bürgerkrieg in Jugoslawien«

Regierungschefs der EU, den Vertretern der NATO, »der Sozialismus in Europa sei nun endgültig geschlagen«, folgerichtig fest, dass sich offensichtlich die nach außen hin propagierten Kriegsziele der »internationalen Gemeinschaft« nach dem »Sieg« gewandelt hätten. War sie angeblich über zehn Jahre lang gegen den großserbischen Nationalismus zu Felde gezogen, so wurde urplötzlich der Sieg über die »letzte kommunistische Bastion« in Europa gefeiert: »Sie bejubelte die Niederlage eines Gegners, gegen den sie bisher, urteilte man nach ihren Worten, gar nicht gekämpft, den sie bisher ganz anders bezeichnet hatte (...)«. Vielleicht also – so wirft R. Hartmann die eher rhetorisch gemeinte Frage auf – »ging es der NATO und der EU doch nicht so sehr um die Durchsetzung der edlen Menschenrechtsziele, die sie verkündeten, sondern viel mehr um die Beseitigung der kümmerlichen und verkümmerten Überreste eines in Europa gescheiterten Sozialismusversuches.« (ebd.S.20)

So überrascht es R. Hartmann nicht, dass der Westen Vojislav Kostunica freudig »im Haus Europa« begrüßte, auch wenn es sich dabei um jemand handelt, der als überzeugter »serbischer Nationalist« den Daytoner Vertrag als Verrat geißelt hatte und – wie der »Spiegel« durch ein Foto dokumentierte – den albanischen Separatisten mit der Kalaschnikow drohte.

Schließlich ist für die NATO-Staaten das Bündnis mit reaktionären und nationalistischen Kräften immer dann opportun, wenn es darum geht die eigenen Interessen durchzusetzen und den Einfluss des Sozialismus zu zerstören. Allerdings birgt auch dieses Bündnis Sprengstoff in sich und wird möglicherweise nicht von langer Dauer sein.

Das Interesse der »glorreichen Sieger« Serbien politisch und ökonomisch den Weltmarktbedingungen anzupassen,

verträgt sich nämlich nicht mit dem Interesse Kostunicas, Ökonomie und Politik Serbiens auf nationaler Grundlage zu regeln.

Es ist der große Verdienst von R. Hartmann, dass er detailliert beschreibt, wie der Siegeszug der NATO sich jenseits aller Erscheinungsformen zum Phyrussieg wandelt, der die NATO immer mehr in die Widersprüche verstrickt, die sie durch die Zerschlagung Jugoslawiens, durch ökonomische Strangulierung und Erpressung, durch die Bombardierung selbst provoziert haben. Sie verfangen sich sozusagen in die von ihnen selbst gelegten Fallstricke.

Für diese Kernthese von R. Hartmann gibt es in der Realität westlicher »Balkanbefriedungspolitik« mehrere Beispiele, die teilweise erst nach Erscheinen des Buches sichtbar wurden:

So erweist sich gerade der so genannte Stabilitätspakt für Südosteuropa als destabilisierendes Moment für die politische und ökonomische Lage in Serbien. In diesem Jahr wurde Serbien die Auszahlung von 700 Mio. Euro versprochen, sollte es Milosovics an den Haag ausliefern. Von diesem »Kopfgeld« wurden bisher aber nur 170 Millionen ausgezahlt, davon aber sofort wieder 150 Millionen in Umschulungsprogramme geleitet. Übrig blieben lächerliche 20 Millionen Euro, eine Summe, die in den Jahren zuvor der Westen zur Verfügung gestellt hatte, um ihm genehme oppositionelle Gewerkschaften, Medien, Parteien und Studentenorganisationen aufzubauen.

Aber selbst wenn die 700 Millionen Euro tatsächlich in Belgrad ankämen, würde die Bevölkerung diese Summe – monatlich zwölf DM pro Einwohner – nicht geschenkt bekommen, denn der größte Teil dieser 700 Millionen Euro sind als Kredit vorgesehen, der zur weiteren Verschuldung und Abhängigkeit beitragen würde.

Der Westen hat sich jedoch mit der Auslieferung Milosovics nicht zufrieden gegeben – für die Vergabe von weiteren Krediten wurden immer neue Bedingungen gesetzt: Privatisierung der Staatsbetriebe, bzw. Schließung unrentabler Betriebe, Freigabe der Preise, Veränderung des Arbeitsrechts, das den Arbeitern bislang umfassenden Schutz vor Kündigung geboten hatte. Die Rahmenbedingungen sollen so gestaltet werden, dass sie es ausländischen Unternehmen erleichtern, die Filetstücke der serbischen Volkswirtschaft billig aufzukaufen. Für die arbeitende Bevölkerung bedeutet das die Vernichtung von weiteren hunderttausenden von Arbeitsplätzen; es ist also nur eine Frage von Zeit, bis die Illusionen über westliche Hilfe endgültig zerplatzen und die arbeitende Bevölkerung erneut den Widerstand aufnehmen wird.

Das Kosovo versinkt unter den Augen der KFOR angesichts des Fehlens einer eigenständigen ökonomischen Perspektive im Chaos von Gewalt, Kriminalität, Prostitution und Drogenhandel. R. Hartmann nennt dazu einige konkrete Fakten: »Seit dem Einmarsch der KFOR und der Übernahme der zivilen Verwaltung durch die UNO sind hunderttausende während des Krieges nach Albanien und Mazedonien geflohene Albaner nach Kosovo zurückgekehrt, zerstörte Wohnhäuser und öffentliche Gebäude wurden und werden wieder aufgebaut, die Grundversorgung der Bevölkerung mit Nahrung, Wasser und Heizung ist gesichert. Aber: Allein bis Mitte August 2000 wurden 5089 terroristische Überfälle gezählt, davon 4776 auf serbische und nicht albanische Bewohner des Gebietes; ermordet wurden 1041

Personen, davon 910 Serben; die Zahl der Entführungen betrug 963, davon 883 Serben: Rund 360 000 Serben, Roma, Juden, Montenegriner, Moslems, Kroaten sowie andere Bevölkerungsgruppen wurden vertrieben. Die etwa 6500 katholische Albaner sind immer stärkerem Druck ausgesetzt. Die kleine, aber aktive jüdische Gemeinde in Pristina hat aufgehört zu existieren. Laut Aussage des ehemaligen Vorsitzenden der Gemeinde, Cedimir Princevic wurden die letzten Juden aus Pristina von »Albanern aus Albanien« verjagt.« ( ebd. S. 156) Große Teile des Gebietes seien mittlerweile von Serben und anderen Nichtalbanern »ethnisch gesäubert«.

Nun werden die »Menschenrechtskrieger« die Geister der UCK, die sie seit mindestens einem Jahrzehnt genährt haben, um den Krieg gegen Jugoslawien vorzubereiten und die langfristige Präsenz der NATO-Truppen im Kosovo zu legitimieren, nicht mehr los. Heute sind es genau diese Kräfte, die nicht mehr verdeckt, sondern unverhohlen ein »Groß-Albanien« propagieren und dafür in Mazedonien aktiv sind. Die UCK wurde – so weist R. Hartmann nach – weder vollständig entwapnet noch aufgelöst, sondern unter Beibehaltung ihrer Struktur in das so genannte Kosovo-Schutz-Korps umgewandelt.

Es ist eine nicht gerade leise Stimme im Chor der Kriegsbefürworter, die vor der UCK als größere Gefahr für das neue NATO-Engagement in Mazedonien warnt. Rupert Neudeck, Chef der Hilfsorganisation Cap Anamur, wendet sich heute frustriert von seinen einstigen Freunden ab und schreibt in einem Leserbrief an die FAZ: »Das Hauptrisiko bleibt nach meiner und anderer Einschätzung die Tatsache, dass die Bundeswehr als Kfor im deutschen Sektor vor zwei Jahren in die Freundschaftsfalle der UCK gegrätscht und darin schlicht hängen geblieben ist. Als ich bei der Parade der Bundeswehr zum deutschen Nationalfeiertag am 3. Oktober 2000 in Prizren auf der Tribüne bemerkte, dass der »Generalstabschef« der Ex-UCK, Agim Ceku, dort mit allen militärischen Protokoll-Ehren empfangen wurde und dann neben den »richtigen« Generälen der russischen, französischen, türkischen Kfor Platz nahm – da wurde mir klar: Die deutsche Bundeswehr hängt immer noch in der UCK-Freundschaftsfalle.« (FAZ, 6. August. 01)

Man habe sich – so Neudeck – eine UCK-Nachfolge-Konstruktion aufschwätzen lassen, die den reinsten Betrug darstelle: die TMK. Den nicht des Albanischen Mächtigen in Brüssel und Berlin habe man diese Buchstabenkonstruktion als eine Art kosovarische Technisches Hilfswerk + Greenpeace verkauft. TMK hieße aber auf Deutsch: »Schutztruppe des Kosovo« Die UCK/TMK-Truppen hätten die besten Kasernen in Prishtina, Ferizoj, Kacanik und so weiter zugewiesen bekommen, alle seien in militärischen Uniformen kaserniert, alle würden von Kalaschnikow-Trägern in Wachtürmen geschützt.

Interessant auch der Hinweis von Neudeck, dass niemand den Sprecher der UCK in Mazedonien, Ali Ahmeti, am Wohnen und Arbeiten im Kosovo hindere, niemand seine täglichen Grenzüberschritte nach Mazedonien kontrolliere, niemand, der feststelle, ob denn die »von uns Steuerzahlern« mitfinanzierten 5000 TMK-Umweltschützer am Platz seien oder etwa auf dem Weg nach Tetovo oder Tanusevic oder Kumanovo in Mazedonien.

Was Neudeck nicht begreifen kann oder will, ist die Tatsache, dass die Untätigkeit der deutschen KFOR gegenüber

den Umtrieben der UCK nicht Unfähigkeit ist, sondern Ausdruck der Sorge, dass aus den »Bodentruppen der NATO« gegen die jugoslawische Armee Gegner der NATO werden könnten. Dies erklärt auch die zögerliche und widersprüchliche Haltung der Bundesregierung im Mazedonienkonflikt: Was ist, wenn man sich diejenigen, als deren Schutzmacht man aufgetreten ist und die man zur Festigung der deutschen Rolle auf dem Balkan aufgebaut und instrumentalisiert hat, zum Gegner macht und so zwischen die Fronten gerät?

Zu Recht wirft R. Hartmann die Frage auf: »Wie will die NATO die geweckten Hoffnungen der albanischen Separatisten im Kosovo und Metohien (sowie in Mazedonien, die Verf.) aufstaatliche Unabhängigkeit erfüllen und gleichzeitig die Belgrad gegebene Zusage einhalten, daß das südserbische Gebiet in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Weltsicherheitsrates integraler Bestandteil Serbiens und Jugoslawiens bleibt? Wie sollen die vertriebenen Serben, Montenegriener, Roma, Juden, Türken, Kroaten und Angehörige anderer Nationalitäten in das Gebiet zurückgeführt werden, und wie soll ein friedliches multiethnisches Zusammenleben erreicht werden?« (ebd. S.191)

Gerade die instabile Situation in Mazedonien, das trotz Unterordnung unter ein »Friedensdiktat« der NATO auf einen Krieg zusteuert, zeigt, dass die NATO-Aggression kein einziges Problem gelöst, sondern vielmehr die Wiege für neue Kriege gelegt hat.

Wohin »die Reise« geht, daran lässt R. Hartmann keinen Zweifel: »Unter der Führung Washingtons verfolgte der Pakt im Feldzug gegen Jugoslawien von Anfang an weitreichende globalstrategische Ziele (...)« (ebd. S. 191)

Ziel der NATO sei es unter anderem gewesen, die Osterweiterung des Paktes voranzubringen, den Einfluss Russlands auf dem Balkan weiter zurückzudrängen und seine Einkreisung zu vollenden. Zur Untermauerung dieser Einschätzung zitiert R. Hartmann aus einer Studie der Hamburger Bundeswehruniversität, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lässt: »Der Einsatz militärischer Kräfte der NATO im Kosovo ... wird als Präzedenzfall für mögliche künftige Einsätze im unmittelbaren Vorfeld Russlands gewertet, etwa im Kaukasus« (ebd. S. 196)

Dass der Krieg gegen Jugoslawien letztlich gegen Russland zielte, steht für Hartmann außer Frage, auch wenn er sich in diesem Zusammenhang gegen Vereinfachungen wehrt. Interessant ist seine Darstellung und Bewertung der russischen Reaktion auf die NATO-Aggression gerade deshalb, weil der Diplomat Hartmann (Ralph Hartmann war mehrere Jahre Botschafter der DDR in Jugoslawien) aus eigener Erfahrung heraus zu unterscheiden weiß zwischen den auf dem diplomatischem Parkett üblichen Posen und der dahinterstehenden Realität – im Unterschied zu manchen Linken, die Russland schon als Teil des imperialistischen Lagers wähen. Nicht zufällig habe Außenminister Iwanow in der Periode nach der Aggression seine Kritik am Vorgehen des Westens im Kosovo mit scharfen Warnungen vor einer Expansionspolitik im Kaukasus verbunden. Wiederholt habe er erklärt, dass Moskau »alle Versuche, Russland aus dem Kaukasus zu verdrängen, entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen werde.«

Wie Hartmann schildert, ist es nicht nur bei »scharfen Warnungen« geblieben. Ausgehend von der Einschätzung, dass »die Aggression der NATO gegen Jugoslawien die militärische und politische Lage in Europa grundlegend ver-

ändert hat ... Jetzt gibt es keine Garantien, daß die NATO ihr Szenario gegen Jugoslawien nicht als Grundlage für Handlungen [gegen] beliebige andere Länder, darunter auch Russland nimmt«, (so der Chef des Generalstabes der russischen Armee, Anatoli Kwaschnin, laut FAZ vom 16.11.99, zit. S. 198) werden im russischen Verteidigungsministerium und im Kreml Schlussfolgerungen gezogen, die – so Hartmann – weit über den Balkan hinausreichten.

Eine dieser praktischen Schlussfolgerungen war – darin stimmen wir mit dem Autor überein – die Entschlossenheit und Brutalität, mit der Moskau gegen die tschetschenischen Separatisten vorging: »Der Tschetschenien-Krieg erwies sich als eine Art Fortsetzung des »Kosovo-Krieges« mit nur scheinbar vertauschten Fronten. So, wie die gegen Jugoslawien eingesetzten USA- und NATO-Raketen auch auf Russland zielten, richtete sich das russische Trommelfeuer in Tschetschenien auch gegen das Expansionsstreben der westlichen Allianz. Hauptleidtragender war in beiden Fällen die unschuldige Zivilbevölkerung.« (ebd. S. 200)

Alles in allem wird deutlich, dass die Rolle der Militärs in Russland und auch in China gestärkt wurde, in Russland unter anderem auch durch ein neues »Konzept der nationalen Sicherheit«, nach dem neben anderen Maßnahmen die nukleare Einsatzschwelle gesenkt wurde. Ungeachtet seiner außerordentlich beschränkten ökonomischen Möglichkeiten habe Russland seine Rüstungsanstrengungen verstärkt und demonstrativ neue Waffensysteme in den Dienst gestellt, z.B. eine neuartige interkontinentale Atomrakete, die einen 1,2 Tonnen schweren nuklearen Sprengstoff über 10.000 Kilometer zielgenau transportieren kann.

»Neue Männerfreundschaften, versöhnliche politische Gesten, schrittweise Wiederaufnahme militärischer Kooperation und Milliardengeschäfte ändern an dieser Haltung nichts. Einen solchen Kosovo-Effekt hatten die NATO-Krieger nicht erwartet.« (ebd. S.202)

Die NATO habe also nicht erreicht, dass sich Moskau und China zukünftig ducken, wenn die NATO das ökonomische und politische Vordringen der imperialistischen Länder unter Führung der USA erneut militärisch absichern soll, das genaue Gegenteil ist eingetreten: Auch China verstärkt seine Rüstungsanstrengungen und arbeitet dabei immer enger mit Russland zusammen.

Der Krieg gegen Jugoslawien hat also die großen weltpolitischen Gegensätze nach dem scheinbaren Ende des Kalten Krieges wieder sichtbar gemacht und verschärft :

Die eigentlichen, gegen Russland und China gerichteten globalstrategischen Zielsetzungen der USA und ihrer Verbündeten sind noch längst nicht erreicht, aber neue Vorstöße im Kampf um Absatzmärkte, billige Rohstoffe und um die Niederschlagung sozialer Unruhen werden folgen. »Der nächste Krieg ist eingepflanzt«, weiß Ralph Hartmann, nach jedem Krieg, verlorenen oder gewonnenen, riefen die Generäle nach besseren Waffen, nach schlagkräftigeren Truppen, nach neuen siegverheißenden Strategien – so auch der deutsche Verteidigungsminister und die deutsche Generalität.

Im Schlepptau der USA will auch die herrschende Klasse in Deutschland nicht zu kurz kommen, wenn neue Einflusssphären aufgeteilt werden sollen. Aber – so warnt Ralph Hartmann zum Schluss: »Geht die Bundeswehr zum Krieg, dann wird dieser eines Tages auch zu uns kommen.«